Nr. 178. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 2. August 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Fürst Bismarck,

dessen seit längerer Zeit vorausgesehener Tod am vorigen Sonnabend erfolgte, läßt auf der Bühne der Politik keinen Platz leer, denn bereits seit dem Frühling des Jahres 1890 ist er von ihr zurückgetreten, oder richtiger weggedrängt worden.

Die Urtheile über den Fürsten Bismarck lauten je nach dem Parteistandpunkt sehr verschieden, und das Lob der Lobenden trägt auch jetzt jene Ueberschwänglichkeit zur Schau, deren die Lobredner des Fürsten Bismarck sich allezeit befleißigt haben. Die Sozialdemokratie hat ihr Urtheil nicht mehr abzugeben; sie hat das schon vor Jahrzehnten gethan, als der Verstorbene seine geschichtliche Rolle zu spielen begann und deren Wesen enthüllte. Wir Sozialdemokraten glauben nicht mehr an das Ammenmärchen der von Jehovah, der Vorsehung oder der Polizei gesandten „großen Männer", welche dem blöden Menschengeschlechte den Weg zeigen und vorzeichnen, und allen Ruhm der Kulturentwickelung für sich beanspruchen, die Millionen des gemeinen Heerdenviehes aber nur als „Kulturdünger" anerkennen. Wir wissen, daß die „Uebermenschen" der Neuzeit ebensogut Schöpfungen der kindlichen Phantasie sind, wie die Heroen und Halbgötter der grauen Sagenzeit. Wir wissen, daß die Uebermenschen gewöhnliche Menschen sind, die nicht ihrer Persönlichkeit, sondern zufälligen Umständen und Verhältnissen, die freilich nach fest bestimmten Gesetzen sich herausgebildet hatten, es verdanken, daß sie die Kollektivarbeit der namenlosen Millionen sich aneignen, gerade wie ein König Stumm sich die Arbeit „seiner" 20 000 Lohnarbeiter aneignet nebst aller Ehre für die angeeignete Arbeit der namenlosen Heerde, deren Arbeit auf seinen Namen geht.

Die Sozialdemokratie reißt diese falschen Götzen von ihrem Sockel und giebt die Ehre, wem die Ehre gebührt.

Die Verwandlung der bürgerlichen Welt in die kapitalistische Welt bedingte die Zerstörung der bürgerlichen Freiheitsideale und zwang das kapitalistisch gewordene Bürgerthum, im Widerspruch mit all' seiner demokratischen Ueberlieferungen, die Diktatur des Kapitalismus zu verkünden. In Frankreich wählte es nach der Junischlacht, die ihm die Macht des Proletariats offenbart hatte, den künftigen Staatsstreich-Kaiser Bonaparte zum Präsidenten der lästig gewordenen Republik, und in Deutschland warf es sich vor dem bürgerfeindlichsten aller Junker auf die Kniee: vor Bismarck, der ihm die Diktatur des Kapitalismus bedeutete.

Die in allen wesentlichen Punkten vollkommen gleiche Laufbahn und Thätigkeit dieser beiden, persönlich von einander so verschiedenen Diktatoren beweist, daß es sich hier um die Erfüllung einer Aufgabe handelte, deren Erfüllung von persönlichen Eigenschaften ebenso unabhängig ist, wie die Erfüllung irgend einer anderen Aufgabe, für die sich natürlich ein jeder nicht in gleichem Maße eignet, für die es aber durchaus keiner übermenschlichen und keiner außerordentlichen Eigenschaften bedarf.

Das Bürgerthum sträubte sich im Anfang mit Heftigkeit gegen die Mission des Junkers Bismarck, dessen Reden und Wirken in allzuschroffem Widerspruch mit dem bürgerlichen Freiheitsideal war. Bismarck kümmerte sich wenig darum. Er hatte die geschäftlichen Bedürfnisse des sich entfaltenden, seiner selbst erst allmälig sich bewußt werdenden Kapitalismus genügend verstanden, um zu wissen, daß das deutsche Bürgerthum vor den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse und dem Sozialismus größere Furcht hatte, als vor der absolutistischen Diktatur des reaktionärsten Junkers — vorausgesetzt, daß dieser dem bürgerkönniglichen Enrichissez vous! Bereichert Euch! huldigte und dem kapitalistischen Bürgerthum Staat und Gesellschaft zur Ausbeutung überlieferte.

Und das hat der Junker Bismarck in vollerem Maße und gründlicher gethan, als weiland der bürgerkönigliche Guizot — und beinahe noch bourgeoisiefreundlicher als Napoleon III. und die französische Bourgeois-Republik von Panama's Gnaden.

Jedoch einen so scharfen Blick Bismarck für die faulende Bourgeoisie-Gesellschaft hatte — die neue Gesellschaft, die aus dieser Fäulniß herauswächst, die neuen schöpferischen Kräfte des Sozialismus blieben ihm ein unlösbares Räthsel. Er glaubte, mit gewöhnlichen Polizeimitteln und mechanischer Gewalt die Arbeiterbewegung erdrücken zu können. Er büßte bei diesem Versuch, der zu einem kläglichen Fiasko führte, Ruf und Stellung ein.

Fürst Bismarck ist in allen Tonarten als genialer Staatsmann gepriesen und verherrlicht worden. Seine Staatsmannschaft reicht aber nur so weit wie die Wirksamkeit mechanischer Gewalt. Alles, was sich im Interesse des Kapitalismus auf dem Boden der kapitalistischen Verhältnisse durch einfachen Machtspruch oder durch die Anwendung mechanischer Gewalt erreichen ließ, das hat er erreicht. Nicht mehr.

Er hat den preußisch-deutschen Einheitsstaat errichtet, den unser kapitalistisches Bürgerthum brauchte — er hat Oesterreich, Frankreich niedergeworfen. Das waren seine „Erfolge".

Wann und wo er mit moralischen und intellektuellen Faktoren zu rechnen hatte, erlitt er regelmäßig Niederlagen.

Der Kulturkampf, durch den er die katholische Kirche sich dienstbar zu machen bezweckte, war ein riesiger Mißerfolg, dessen Größe blos durch die des Mißerfolges im Kampfe mit dem Sozialismus übertroffen ward.

Auch wenn wir von der inneren Politik des Fürsten Bismarck, die keinen Erfolg und keine der Gesammtheit zum Heil gereichende Handlung darbietet, — und wenn wir uns ausschließlich auf das Gebiet der sogenannten nationalen und äußeren Politik beschränken, kann von Erfolgen nur in bedingter Form die Rede sein. Der erste Triumph der „nationalen Politik" im Jahr 1866 hat in Oesterreich die schweren Wirren hervorgerufen, die es an den Rand der staatlichen Auflösung gebracht haben, und deren Opfer in erster Linie die, einst in Oesterreich herrschende deutsche Nationalität ist.

Und der zweite Triumph der „nationalen Politik": die Niederwerfung Frankreichs, hat zur Folge gehabt, daß Rußland der Schiedsrichter Europa's geworden ist, und daß das Schwert des Weltkriegs fortwährend über den Kulturvölkern hängt, die dadurch in die Barbarei des Militarismus gestürzt sind.

So wenig es für Bismarck moralische und kulturelle Faktoren gab, so wenig gab es für ihn moralische und kulturelle Ideale. Er rechnete nur mit materiellen Interessen und mechanischen Machtfaktoren. Der Besitz der Macht war ihm höchstes Mittel und höchstes Ziel. Daher die würdelose Kleinlichkeit, mit der er jeden, der ihm Widerstand leistete oder Konkurrenz machte, bis in das Grab und über dasselbe hinaus verfolgte, und mit der er sich nach seinem Sturz im Jahr 1890 an sein Amt anklammerte.

Weniger klug, als sein geistvollerer Nebenbuhler Windthorst, hat Fürst Bismarck es nicht verstanden, zu rechter Zeit zu sterben. Acht Jahre lang im Sachsenwald lebendig begraben, hat er seinen politischen Tod um acht Jahre überlebt. Und diese acht Jahre hat er dazu benützt, seine ohnmächtige Rachsucht an seinen persönlichen Feinden zu stillen und die Legende seines Ruhmes zu zerstören — eine Arbeit, die er allerdings schon 12 Jahre früher begonnen hat, als er 1878, nachdem der Schatz des österreichischen und französischen Kriegsruhms aufgezehrt war, zur niedersten Wauwaupolitik — zu den Zirkuspraktiken des Manipulirens abwechselnd mit dem Rothen Gespenst und dem Kriegsgespenst, seine Zuflucht nahm.

Die Bismarcklegende wird nicht zwei Menschenalter lang auf uns lasten wie die Napoleonlegende auf Frankreich, allein froh wollen wir sein, wenn binnen eines Menschenalters der Augiasstall ausgeräumt ist, den die Aera Bismarck mit dem Schmutz finanzieller und politischer Korruption bergehoch angefüllt hat.

Bismarck's innere und äußere Politik.

Fürst Bismarck ist nun aus dem Leben geschieden als letzter der Männer, deren Namen mit der Gründung des Deutschen Reiches eng verknüpft sind. Ein Mann ist dahingeschieden, der mehr als fünfzig Jahre den regsten Antheil an der politischen Entwickelung Deutschlands genommen hat und fast die ganze Zeit im Vordergrunde der europäischen Politik stand.

Von seinem ersten politischen Auftreten an stand Bismarck in schärfster Opposition zur Demokratie und als das klassenbewußte Proletariat Deutschlands sich die Sozialdemokratie als ihre politische Vertretung schuf, war er ihr energischster, rücksichtslosester Feind.

Wir haben die schärfsten Fehden mit dem nun Verstorbenen gehabt, wir hatten Angriffe von einer Wuth und einer Gehässigkeit abzuweisen, die in der Geschichte unerhört sind. Aber das darf uns nicht blind und ungerecht dem Manne gegenüber machen, dessen historische Bedeutung unzweifelhaft stark beeinflußt wird durch seine Haltung zu der aufstrebenden Klassenbewegung des Proletariats, aber nicht allein durch sie bestimmt wird.

Weder für seine begeisterungstrunkenen Bewunderer noch für uns ist die Zeit der historischen Würdigung des Verstorbenen gekommen. Sein Lebenswerk ist aufs engste verknüpft mit allen wirthschaftlichen und politischen Kämpfen, an denen wir selbst theilgenommen haben, in denen auch wir uns nicht frei von subjektiven Urtheilen wissen. Wohl existiren unzählige Werke und Schriften über den Fürsten Bismarck, aber sie alle, seien sie Lobhudeleien, seien sie ihm feindliche Schriften, sind weit entfernt von den Ansprüchen, die an eine historische Würdigung gestellt werden müssen. Weniger als irgend eine andere Zeit, ist die unsere geeignet, einem Zeitgenossen gerecht zu werden, denn mehr als je vorher nehmen alle Glieder des Volkes theil an den Kämpfen des Tages, mehr als je zuvor ist der Einzelne beeinflußt durch die Interessen des öffentlichen Lebens. Und gerade wir, die wir die Weltgeschehnisse vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung beurtheilen, haben uns, wo nun der politische Kampf seinen Abschluß gefunden hat durch den Tod des Gegners, Zurückhaltung bei der Würdigung der Persönlichkeit aufzuerlegen. Streichen wir auch nicht die Persönlichkeit als handelnden Faktor aus der Geschichte, so wissen wir doch, daß die großen Männer der Weltgeschichte mehr Ausführer als Verursacher der durch die wirthschaftliche Entwickelung bedingten Aufeinanderfolge der politischen Geschehnisse sind. Nur auf der Grundlage der genauesten Kenntniß der wirthschaftlichen Triebkräfte unseres Jahrhunderts wird sich das Leben und Wirken des ersten Reichskanzlers des neuen Deutschen Reiches gerecht zeichnen lassen. Aber diese Kenntniß hat heute noch niemand, viel zu sehr war von dem Mitlebenden Ursache und Wirkung, Persönlichkeit und Nothwendigkeit verwechselt. Es werden noch Jahre, ja Jahrzehnte vergehen, bis für Bismarck das Wort des Dichters seine Bedeutung verloren hat:

Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt,
Schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.

In energischer, rückhaltloser Weise hat die Sozialdemokratie und ihre Presse und nicht in letzter Linie unser Blatt ohne Scheu vor Haß und Verfolgung den lebenden Bismarck bekämpft, heute aber, wo das Grab für ihn aufgeworfen wird, geziemt sich eine ruhige Würdigung dessen, was der Mann gewollt, was er erreicht hat, was von seinem Werke besteht, was Aussicht hat, bleibender Besitz des deutschen Volkes zu sein.

Bismarck's Thätigkeit war nicht die eines Ressortministers; in allen Zweigen des staatlichen Lebens fühlte man seine schwere Hand. Eine Betrachtung seines Lebenslaufes zwingt dazu, die innere wie die äußere, die Wirthschafts- wie die Sozialpolitik zu berühren.

Als feudaler Junker, als Vertreter der Ritterschaft des Kreises Jerichow wurde der 32jährige Otto v. Bismarck-Schönhausen an stelle des erkrankten Herrn von Brauchitsch zum Vereinigten Landtag nach Berlin berufen. Hier wurde er bald einer der Wortführer der äußersten Rechten, der jedes Zugeständniß des Absolutismus und Feudalismus gegenüber den Forderungen der Zeit nach liberalen Zugeständnissen und konstitutionellen Formen aufs energischste bekämpfte. Bismarck lenkte durch seine parlamentarische und durch seine kontrerevolutionäre Thätigkeit im Jahre 1848, so bei der Gründung der „Kreuz-Zeitung" und anderer konservativer Blätter, bei der Organisirung von antirevolutionären Vereinen und loyalen Deputationen an den König die Aufmerksamkeit Friedrich Wilhelm IV. auf sich und obgleich er nichts anderes als Landwehr-Lieutenant war, wurde er im Mai 1851 zum Geheimen Legationsrath und ersten Sekretär der Bundestags-Gesandtschaft in Frankfurt a. M. ernannt, also auf einen der zu jener Zeit wichtigsten diplomatischen Posten berufen. Als Freund von Oesterreich und Rußland trat er in die diplomatische Laufbahn zu einer Zeit, als in der inneren Politik die schärfste Reaktion herrschte und die Stellung Preußens innerhalb Deutschlands durch die entwürdigende Niederlage, die durch die Olmützer Punktation besiegelt wurde, charakterisirt war; in der auswärtigen Politik war Preußen wie vor dem Jahre 1848 im Schlepptau Rußlands. In dieser schwierigen Situation wurde Bismarck der Vertreter Preußens am Bundestage in Frankfurt a. M., denn schon am 15. Juli 1851 wurde der kaum vor zwei Monaten zum Geheimen Legationsrath ernannte Landwehrlieutenant an Rochow's Stelle Gesandter in Frankfurt a. M. Der Neuling in der Diplomatie, der von seinen Kollegen scheel angesehen wurde, wußte sich bald Achtung und Respekt zu verschaffen; vor allem verstand er es, die übermächtige gesellschaftliche und politische Position des österreichischen Bundestagsgesandten zu brechen. Bei Ausbruch des Krimkriegs setzte er im Interesse Rußlands und zum Schaden Oesterreichs durch, daß die Bundesmacht nicht in Oesterreichs Interesse mobilisirt werde. Die preußische Politik war dadurch zum ersten Male in diesem Jahrhundert eine antiösterreichische. In einer berühmten Denkschrift, die er im März 1858 in Frankfurt a. M. über eine selbständige preußisch-deutsche Politik verfaßte, heißt es u. a.:

„Der Bund, welchem die Betheuerungen Oesterreichs gelten, ist nichts weiteres als die österreichische Mehrheit im Bundespalast. Die Lage Preußens wäre vielleicht eine bessere, wenn der Bund garnicht existirte." Bis ein anderes Verhältniß mit Oesterreich, d. h. ein Hinausdrängen desselben aus dem Bunde und ein Bündniß in Sachen der auswärtigen Politik möglich sei, „bis dahin heißt die Losung noch: gutes Einvernehmen mit Frankreich und — wie überhaupt unter allen Umständen — mit Rußland".

Nachdem Bismarck in Frankfurt a. M. die Stellung Oesterreichs im Bunde untergraben hatte, wurde er im Januar 1859 zum Gesandten in Petersburg ernannt und von dort im Mai 1862 nach Paris als diplomatischer Vertreter Preußens versetzt. Seine genaue Kenntniß russischer und französischer Verhältnisse hat ihm im guten und schlechten nachher viel genützt. Seine Freundschaft für Rußland, seine Nachahmung der Bonaparte'schen Machenschaften haben ihm mit recht schärfste Kritik zugezogen.

Nach elfjähriger diplomatischer Thätigkeit wurde Bismarck am 23. September 1862 auf Veranlassung Roon's mit der Leitung der preußischen Politik betraut, vor allem zu dem Zwecke, um als Mann rücksichtsloser Energie dem widerhaarigen, von den Liberalen beherrschten Landtage die Armeereform abzuringen oder sie gegen den Willen der parlamentarischen Vertretung durchzusetzen. Es begannen die Jahre des Konfliktes, in denen Bismarck zu einer Macht wurde vor allem durch die jämmerliche, vor energischen Schritten, vor mehr als Worten zurückbebende Haltung des preußischen Liberalismus. Die Mißachtung vor dem Parlamente stieg, die Politik der vollendeten Thatsachen siegte. Bonaparte's auswärtige Politik wurde durch ständige Hinhaltung und Täuschungen Napoleons III. durchkreuzt, 1864 wurde in Gemeinschaft mit Oesterreich der dänische Krieg geführt, der mit der Abtretung Schleswig-Holsteins endete. Trotz dieses Zusammengehens, zum theil durch die Folgen desselben spitzte sich der Kampf zwischen den großdeutschen Interessen Oesterreichs und den mehr großpreußischen als kleindeutschen Interessen Bismarck's aufs schärfste zu. Es kam zum deutschen Kriege, in dem Italien an Seite Preußens, die meisten deutschen Staaten, vor allem alle mittel- und süddeutschen, außerdem Sachsen und Hannover, auf Seite Oesterreichs standen. Das Hinausdrängen Oesterreichs aus Deutschland, große Gebietserweiterungen Preußens, die Gründung des Norddeutschen Bundes, die Ausdehnung des Zollvereins auf die süddeutschen Staaten, das von ihm später so energisch bekämpfte allgemeine Wahlrecht waren das große Ergebniß des Bruderkrieges. Es folgte die nun unausweichlich gewordene Auseinandersetzung mit Frankreich, die Napoleon bedurfte, weil er sich nur durch einen äußeren Erfolg in Frankreich behaupten konnte, die Bismarck aber zu beschleunigen suchte, um Frankreich keine Zeit zu genügender Vorbereitung des Krieges zu lassen. Bismarck fädelte die spanische Thronfrage ein, trieb die Differenzen bis zu der bekannten Emser Depesche, durch deren berüchtigte Redaktion die Kriegserklärung beschleunigt wurde. Der „Krieg gegen Napoleon III." wurde auch nach der Schlacht bei Sedan fortgesetzt. Die deutschen Truppen zogen in Paris ein. Am 18. Januar fand, nachdem auf König Wilhelm, der immer nur preußischer Partikularist war, und auf den Bayernkönig alle Mittel der Ueberredung und nicht blos die friedlichen angewandt wurden, die Kaiserproklamation in Versailles statt. Der Frankfurter Frieden brachte Elsaß-Lothringen an das Reich, 5 Milliarden Kriegsentschädigung hatte Frankreich zu zahlen, aber trotz der im folgenden Jahre stattgefundenen Dreikaiser-Zusammenkunft näherte sich Frankreich immer mehr Rußland. Das Verhältniß unserer beiden mächtigsten Nachbaren wurde immer inniger und zwang Europa zu unaufhörlichen Kriegsrüstungen. Gegen Frankreich und Rußland wurde der Dreibund geschaffen. England sollte isolirt werden. Immer größer, immer kostspieliger wurden unsere Rüstungen, hierzu trat noch die verfehlte, an Opfern reiche, an Erfolgen blutarme Kolonialpolitik.

Die schweren Opfer, die im Gefolge der Reichsgründung auf den deutschen Steuerzahler lasteten, die die Interessen der Reichsten allein berücksichtigende Finanz- und Wirthschaftspolitik, die wir an anderer

Stelle behandeln, die riesige Entwickelung der Sozialdemokratie, die Mißerfolge im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, all' dies hatte an Bismarck's Ruhme gezehrt, sein Rücktritt wurde kühler aufgenommen, als man es nach den großen äußeren Erfolgen seiner Politik erwarten durfte.

Aber weit mehr als die äußere Politik, die selbst bei der schärfsten bürgerlichen Opposition fast schrankenlos bewundert wurde, hatte seine innere Politik weite Kreise der Bevölkerung verstimmt. An seinen Namen knüpft sich die Entmannung des deutschen Bürgerthums. Nach 1866 beugte sich fast alles im Bürgerthume dem Manne von Blut und Eisen; die widerhaarigen Konservativen wurden durch wirthschaftspolitische Zugeständnisse kirre gemacht, die Nationalliberalen und Freikonservativen sanken zur willenlosen Partei Bismarck sans phrase herab, die Opposition der Fortschrittspartei entbehrte des Feuers und die Opposition der Klerikalen und Partikularisten hat Bismarck durch seine von Grund aus verfehlte Kulturkampfpolitik erst erzwungen. Aus kleinen unscheinbaren Anfängen wuchs außerhalb der Bourgeoisie eine neue Opposition hervor, von Jahr zu Jahr kräftiger werdend, bis sie zur Zeit des Rücktritts des vom Bürgerthum angestaunten Bismarcks die stärkste Partei im deutschen Volke war: die Sozialdemokratie.

Bismarck hoffte mit einer kleinen Proletarierpartei die zur Zeit des Konflikts mit dem preußischen Abgeordnetenhause übermächtige Fortschrittspartei zu schrecken, aber niemals wurde diese Partei sein Werkzeug, sie wurde sein kräftigster und schärfster Gegner, der aller Mittel, sie zu unterdrücken, mit stets neuen Erfolgen spotten konnte. Zuckerbrot und Peitsche wurden versucht, beides vergeblich. Gleich nach Gründung des Deutschen Reiches versuchte man es mit Verschärfungen des Strafgesetzes gegen die Sozialdemokratie; als der Reichstag seine Zustimmung verweigerte, und die Tessendorf'sche Praxis auch den Siegeslauf der Sozialdemokratie nicht hemmen konnte, wurden die Attentate der Hödel und Nobiling, mit denen die Sozialdemokratie nicht das mindeste gemein hatte, ausgenützt, um das Sozialistengesetz zu erzwingen. Was die zwölf Jahre des Sozialistengesetzes mit all ihren Schrecken, ihren Ausweisungen Blätterverboten, Verurtheilungen, mit all der Summe von Rechtlosigkeit für die Arbeiterklasse bedeuten, ist für die Arbeiter so unvergeßlich, daß sich hier ein näheres Eingehen erübrigt.

Daß die Arbeiter-Versicherungsgesetze, diese Schein-Sozialpolitik, von den Arbeitern durchschaut wurde, sie keinen Augenblick von der Forderung wirklicher Sozialpolitik abhielt und damit sich als ein verfehlter politischer Schachzug erwies, ist auch durch die Thatsachen erwiesen.

Die Sozialdemokratie gedieh trotz alledem zum stärksten Faktor im deutschen Volksleben, die Kulturkampf-Politik machte das Zentrum zur stärksten Fraktion im Reichstage, Bismarck mußte nach Kanossa gehen, er söhnte sich mit dem Papste aus und von den Kulturkampf-Gesetzen mußte eines nach dem anderen zurückgenommen werden. Auch die Polen, die Bismarck von Anfang seiner politischen Thätigkeit mit seinem Hasse verfolgte, wurden in den östlichen Provinzen Preußens, trotz aller Unterdrückungspolitik, immer stärker und heute reicht ihr Einfluß bis nach Rheinland-Westfalen.

Einen großen Erfolg hatte die Bismarck'sche Politik für die Bourgeoisie: die Ausgleichung der Interessen des großen Grundbesitzes und der großen Industrie. Während in England die politischen Kämpfe zwischen diesen großen Interessen-Gruppen Jahrzehnte lang für die Gesetzgebung und Verwaltung den Ausschlag gaben, hat Bismarck es befördert, daß ein Kardorff mit einem Stumm, ein Krupp mit einem Kanitz Hand in Hand gingen. Wir sind überzeugt, daß die Geschichte dieses Bündniß nicht als segensreich anerkennen wird für das deutsche Volk und seine gesunde Entwickelung.

Alle politischen Gegner verfolgte er mit seinen lithographirten Strafanträgen. Zahllos waren die Verurtheilungen wegen Bismarck-Beleidigung.

Bismarck kam als verschuldeter Junker auf die politische Bühne, als vielfacher Millionär sank er in das Grab, seine Söhne, die nichts waren als seine Söhne, denen niemand Talent oder sonstige große Gaben nachsagen kann, haben eine überaus rasche Karriere gemacht, die den obersten Staatsmann nicht ehrte. Bismarck zeigte darin seinen stark ausgeprägten Familiensinn, seine menschlichste Seite.

Unter Friedrich Wilhelm IV. wurde er als Vertreter des absoluten Gottes-Gnadenthum in die diplomatische Laufbahn aufgenommen, unter Wilhelm I. wurde er zuerst der übermächtige Staatsmann, und dann in den späteren Lebensjahren des Kaisers, der durch keine Rücksichten gegenüber der Krone eingeengte unumschränkter Herrscher. Unter dem todtkranken Friedrich III. führte er mit allen Mitteln den Kampf für seine unumschränkte Macht; aber mit dem neuen, auf seine Stellung pochenden Kaiser mußte es zum Zwiespalt kommen, nicht zum mindesten spielte dabei eine Rolle seine Politik gegen die Sozialdemokratie, sein Widerstand gegen die sozialpolitischen Absichten des Kaisers.

Als am 20. Mai 1890 Bismarck unter allerlei Ehrenbezeigungen zurücktreten mußte und Caprivi an seine Stelle trat, begann ein über alle Maßen unwürdiges Ränkespiel von Friedrichsruh aus. Der Kampf gegen seinen Nachfolger, gegen seine früheren Mitarbeiter, die nicht mit ihm aus dem Amte schieden, wurde in der heimischen und auswärtigen Politik betrieben; in Ansprachen, Demonstrationen, Indiskretionen konnte sich der alte Mann nicht genug thun, er ließ an Würde vermissen und störte selbst bei seinen Freunden das harmonische Bild eines großen Mannes, das sie sich geschaffen hatten.

Die letzten Jahre seines Lebens befleckte er mit der immer wieder vorgebrachten Forderung, daß gegen die Sozialdemokratie offene Gewaltpolitik getrieben werden müsse.

Nun ist er todt, der Mann, der seit 30 Jahren mehr genannt wurde, als irgend ein Zeitgenosse. Seine Nachfolger fürchten den todten Mann vielleicht mehr, als den lebenden, denn ein Bündel Pfeile, seine Memoiren, werden nun abgeschossen werden. Uns wird keiner treffen; die aber, denen sie zugedacht sind, werden sich schwer finden in die Lage des Angegriffenen und Bewunderers zugleich.

Zahllose Denkmäler sind dem Manne schon bei Lebzeiten errichtet, in Berlin wird demnächst ein Riesenstandbild errichtet werden, aber im Herzen zahlloser Deutscher hat er sich kein Denkmal der Liebe schaffen können.

Die Geschichte wird über Bismarck richten. —

Die Wirthschafts- und Finanzpolitik des Fürsten Bismarck.

Es ist natürlich falsch, von einer Wirthschafts- und Finanzpolitik des Fürsten Bismarck in dem Sinne zu sprechen, daß ohne die persönliche Einwirkung des Verstorbenen heute ein ganz anderes System in Deutschland herrschen würde. Wo eine Schutzzoll-strömung mit der Kraft, wie bei uns zu Ende der siebziger Jahre, auftritt, da wird sie sich immer auch zum Siege emporringen: in Frankreich, in den Vereinigten Staaten, in den meisten kolonialen Republiken jenseits des Weltmeeres hat sie ebenso alle Widerstände besiegt, wie im absolutistischen Rußland. Alle bürgerlichen Großstaaten decken ihren Finanzbedarf in erster Linie durch indirekte Auflagen: selbst England noch immer, vor allem jedoch Frankreich und die nordamerikanische Union. Immerhin wäre ohne die demagogische Führung und den beherrschenden Einfluß des ersten deutschen Reichskanzlers manche brutale Ausschreitung auf diesem Gebiete wahrscheinlich unterblieben und mancher empörende Zug in den inneren Kämpfen Deutschlands wohl vermieden worden.

Man darf dem Fürsten Bismarck glauben, wenn er für frühere Jahre jede ausgeprägte wirthschaftspolitische Anschauung für sich in Abrede stellte. Er hatte als Konservativer freihändlerische Neigungen, wie das ganze ostelbische Landjunkerthum, so lange es selber noch Getreide und Fleisch ausführte und sich von keiner Masseneinfuhr bedroht sah. Er schloß den französischen Handelsvertrag ab, der das Banner des Freihandels für das ganze europäische Festland enthüllte — sicherlich nicht, weil ihm freihändlerische Grundsätze tiefergehender Art dazu gedrängt hätten, sondern weil er das schutzzöllnerische Oesterreich aus dem Zollvereine hinaustreiben und so das Uebergewicht Preußens verstärken wollte. Als norddeutscher und deutscher Kanzler trieb er dann jahrelang liberale Politik, weil er eine gesunde Witterung für die Entwickelungsbedürfnisse des Großkapitals hatte, vor allem jedoch, weil die rauschenden Wogen der Einheitsbegeisterung zunächst die alten liberalen Vorkämpfer der Reichseinheit zur maßgebenden Parlamentsmajorität emporhoben und weil die dringendsten Reformen, die das verkümmerte gewerbliche Leben Deutschlands erforderte, unter den gegebenen Verhältnissen eben nur von Liberalen durchgeführt werden konnten, die in ihren Vereinigungen und auf ihren Kongressen alle jetzt als nothwendig erkannten wirthschaftspolitischen Maßnahmen seit langen Jahren gefordert und vorbereitet hatten.

Die Liberalen, durch den deutschen Kleinstaats- und Bundesjammer so überaus bescheiden gemacht, haben den Fürsten Bismarck natürlich sofort als einen Bekehrten für sich in Anspruch genommen. Heute wird keiner von ihnen behaupten, daß der robuste Junker jemals dabei von der Bläße einer „liberalen Weltanschauung" angekränkelt gewesen sei.

Seit der Mitte der siebziger Jahre vollzog sich denn auch unaufhaltsam die Scheidung der seltsamen Eidgenossen, welche die politische Nothwendigkeit vorübergehend zusammengeführt hatte, erst unter bedächtigem Zögern seitens des Fürsten, dann mit rasch zugreifender Entschlossenheit, sowie eine regierungsfähige — im deutschen Sinne regierungsfähige — nichtliberale Reichstagsmehrheit gesichert war.

Bekanntlich hat zunächst die Finanzfrage den Fürsten Bismarck zu eigenen wirthschaftspolitischen Gedanken und Plänen veranlaßt. Die Unfertigkeit des Reichsfinanzwesens zeigte sich sofort in abschreckender Deutlichkeit, als der außergewöhnliche Segen der französischen Milliarden zu fließen aufhörte. Gerade die Einzelstaaten, deren Matrikularbeiträge unheimliche Dimensionen anzunehmen drohten, schrieen immer lauter danach, daß der dem Reiche zugewiesene Fels der indirekten Steuern und Zölle endlich ordentlich Wasser geben sollte. Sie wollten, anstatt an das Reich zu zahlen, sogar vom Reiche empfangen, um sich und ihre Gemeinden aus den finanziellen Verlegenheiten zu retten, die, längst schon latent, durch die damalige Wirthschaftskrisis, durch den Rückgang der staatlichen Einnahmen, aus Eisenbahnen, Bergwerken, Hütten, Domänen, durch das Anschwellen der kommunalen Armen-Etats, einen akuten Charakter angenommen hatten. Fürst Bismarck war ganz dazu geeignet, mit dieser Fesselung der Einzelstaaten als Kostgänger an das Reich zugleich noch einen ganz außerordentlichen Steuerbeutezug für sonstige politische Zwecke zu verbinden.

Parlamentarisch war die Lage durchaus nicht ungünstig. Bismarck hatte sogar die Wahl, sich auf eine mehr liberale, freihändlerische Mehrheit zu stützen, welche neben den inneren Konsumsteuern für alle Finanzzölle zu haben war — oder auf eine schutzzöllnerische Majorität, welche nach dieser Seite kaum weniger versprach, dazu aber noch Millionen von eigentlichen Schutzzöllen. Wenn Fürst Bismarck längere Zeit schwankte, so konnte das im Grunde nur daher rühren, daß er sich erst von der dauernden Tragfähigkeit einer neuen Reichstagsmehrheit überzeugen wollte — an seiner Bereitwilligkeit, das Joch der Liberalen abzuschütteln, zweifelt wohl selbst für die Uebergangszeit niemand mehr, obwohl diese Uebergangszeit sogar durch Portefeuille-Angebote an Bennigsen und Forckenbeck ausgefüllt wurde. Die Absage gegen das Tabaksmonopol, das Bismarck'sche Lieblingsprojekt, seitens der Liberalen, Befürchtungen um die Zurückdrängung seines Einflusses im Kabinet, besonders bei einem Regierungswechsel, drängten Bismarck mehr und mehr von den Liberalen ab und den alten konservativen Parteifreunden zu. Die Schüsse der Idioten Hödel und Nobiling trafen dann den letzten Hoffnungen der Liberalen ins Herz.

Wie der alte Reaktionär das Eisen schmiedete, solange die Angst des Philisters es heiß hielt, wie er die Liberalen an die Wand drängte und mit Agrariern, Eisen- und Baumwoll-Industriellen, Günstlern und Mißvergnügten aller Art den großen Steuer- und Zollbeutezug durchführte, wie er die Opposition der deutschen Arbeiterklasse dagegen durch eine haßerfüllte und immer neuen Klassenhaß gebärende Ausnahmegesetzgebung niederzuknüppeln versuchte, das wird dem deutschen Proletariat als abschreckender Beweis zügelloser Demagogie und Herrschergier ewig unvergeßlich bleiben. Mit der Militärlast wuchs jetzt noch ständig die Belastung des Brotes, des Fleisches und der unentbehrlichsten Lebensmittel. Die Zölle waren von 1878/79 bis zum Abgange Bismarcks von jährlich 100 auf 377 Millionen Mark gestiegen, die Braumtweinsteuer von 37 auf 119 Millionen, die Salzsteuer von 35 auf 43 Millionen, die Zuckersteuer von 41 auf 65 Millionen, Zölle und Steuern insgesammt um 433 Millionen Netto- (bez. 467 Millionen Mark Brutto-) Einnahme. Die begünstigten Unternehmer schwelgten in höheren Preisen, während die Arbeiter, denen zudem jedes wirksame Koalitionsrecht vernichtet war, ihren Lohn durch die allgemeinen Preisaufschläge verkürzt sahen.

Die von oben künstlich geförderte Agitation für immer neue Liebesgaben brachte jedoch die einzelnen Interessentengruppen immer schärfer gegeneinander auf, während in immer weiteren Kreisen der Ekel und die Verachtung vor dieser entfesselten Beutepolitik stiegen. Als man dann nach 1887 sah, daß das „heilige Feuer des Patriotismus" bei den Kartellwahlen nur entflammt worden war, um die elenden Bettelsuppen der Brotwucherer und Schnapsbrenner abermals daran gar zu kochen, da war der Rückschlag des Jahres 1890 unvermeidlich. Am 20. Februar brach die spezifisch bismärkische Kartellmehrheit zusammen, am 20. März stürzte Fürst Bismarck ihr nach.

In seinem unfreiwilligen Exil haben sich alsdann die agrarisch-junkerlichen Anschauungen noch fester in ihn hineingebohrt. Zu den alten Jugendneigungen trat der neue Haß gegen die Nachfolger im Amte. In Friedrichsruhe holten sich die Konservativen ihre spitzesten Pfeile gegen die Handelsvertragspolitik des Infanteriegenerals und des Staatsanwalts v. Marschall. Den Bund der Landwirthe stachelte der Verstorbene gern zu möglichst rücksichtslosem Schreien auf, wofür die hilflosen Bauern ihn zu ihrem Abgott erhoben. Das letzte Fiasko der Sammelpolitik, dieses Miquel'schen Aufgusses auf die Bismarck'schen ollen Kamellen, hat ihn wohl auch schwer enttäuscht, soweit er überhaupt noch einer regeren Antheilnahme an den jüngsten Ereignissen fähig war.

Damit wollen wir in keiner Weise den Kern der Bismarck'schen Zoll- und Steuerpolitik als todt bezeichnet haben. Sie feierte äußerlich gerade darum so große Erfolge, weil sie sich von mächtigen Interessenströmungen treiben lassen konnte, die sich wohl mit der allgemeinen Wirthschaftsentwickelung allmälig ändern, die aber niemals von heute auf morgen sich in ihr Gegentheil verkehren werden. Aber die neuen Steuerläufe sind, mit Ausnahme der Börsensteuer, seit 1890 sammt und sonders gescheitert; die Regierung und der Reichstag haben zuletzt sogar vor den direkten Reichssteuern ihre, wenn auch recht nichtssagende Verbeugung gemacht. Das Rezept des alten Reichskanzlers, vor allen Handelsvertrags-Verhandlungen nochmals den deutschen Zolltarif allgemein zu erhöhen, ist 1890 nicht befolgt worden. Doch agrarisch ist trotzdem Trumpf geblieben und die vereinigten Agrar- und Industriezöllner schicken sich zu einem neuen Sturmlauf gegen die Brot- und Fleischkonsumenten an. Der überseeische koloniale Handel ist zu den Liebesgabenempfängern hinzugetreten und wirkt nunmehr auch auf unsere Rüstungen zur See stärker wie früher zurück, während Fürst Bismarck hier früher geradezu als hemmende Kraft wirkte, da er in der Festigung Deutschlands als Landmacht das erste, fast ausschließliche Ziel sah.

Wir tragen also noch immer an der Bismarck'schen Erbschaft und werden noch lange daran zu tragen haben, so lange ausschließlich die Unternehmerinteressen über unsere Finanz- und Wirthschaftspolitik entscheiden. Nur an der politischen Macht der Arbeiterklasse wird die Fortführung des Bismarck'schen Systems scheitern, und sie ist zum Theil schon gescheitert.

Der Lebenslauf Bismarck's.

Otto Eduard Leopold von Bismarck wurde am 1. April 1815 auf dem Gute Schönhausen in der Altmark geboren. Der Vater, ein gewesener Rittmeister, war Besitzer mehrerer zum theil allerdings stark verschuldeter Güter. Die ersten Knabenjahre verlebte der junge Bismarck auf dem Gute Kniephof im pommerschen Kreise Naugard. Später kam er in eine Privaterziehungsanstalt nach Berlin und besuchte von 1827 bis 1832 erst das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und dann das Graue Kloster. Von 1832 ab ging er, um die Rechtswissenschaft zu studiren, nach Göttingen, wo er Mitglied des Korps Hannovera ward und ein feucht-fröhliches Paukbodenleben führte. Er brachte es in den drei Göttinger Semestern auf 27 Duelle. Vorlesungen besuchte er gar nicht, und der Professor Hugo schrieb in sein Abgangszeugniß, daß er den Studiosus von Bismarck nie in seinem Auditorium gesehen habe. Der junge Bismarck „studirte" darauf drei weitere Halbjahre in Berlin, besuchte jedoch auch hier keinerlei Vorlesungen. Als die Zeit des Examens herannahte, begab er sich zu einem Privatdozenten in die „Presse" und — bestand zu Ostern 1835 das juridische Examen. Er wurde Auskultator am Berliner Stadtgericht, ging dann jedoch von der Justiz zur Verwaltung über und wurde 1836 Referendar bei der Regierung zu Aachen. Dort führte er ein sehr lockeres, kostspieliges Leben und ließ sich 1837 nach Potsdam versetzen, wo er gleichzeitig einjährig zu dienen begann, während er das letzte Halbjahr seiner Dienstzeit in Greifswalde absolvirte, von dort aus gleichzeitig die landwirthschaftliche Akademie Eldena besuchend. Von 1839 an bewirthschaftete Otto v. Bismarck das väterliche Gut Kniephof, führte aber auch dort ein so lustiges Leben, daß die Bauern der Umgegend sagten: „Kiephof ist Kneiphof geworden". Bei der nach des Vaters Tode 1845 erfolgenden Vertheilung der Güter unter die beiden Söhne, behielt Otto Kniephof und bekam das Stammgut Schönhausen dazu. Auf dem letzteren wohnend, führte er nun den Namen „von Bismarck-Schönhausen". Er wurde hier für eine Strecke der Elbe zum Deichhauptmann gewählt; 1846 wurde er Abgeordneter der Ritterschaft des Kreises Jerichow für den sächsischen Provinziallandtag in Merseburg. 1847 vermählte er sich mit dem pommerschen Fräulein Johanna von Puttkamer. Im Jahre 1847 kam Bismarck in seiner Eigenschaft als Mitglied eines Provinziallandtages auf den ersten Vereinigten Landtag in Berlin, wo er als ein „scheußlicher Junker", wie er sich später selbst einmal nannte, das Königthum von Gottes Gnaden verfocht und den konstitutionellen Bestrebungen entgegenwirkte. Auch auf dem zweiten Vereinigten Landtag 1848 sprach er sich sehr mißbilligend über die Märzerrungenschaften aus. Im Revolutionsjahr war der spätere Reichskanzler vielfach als reaktionärer Agitator thätig, half die „Kreuz-Zeitung" gründen und war eifriger Mitarbeiter dieses Junkerblattes. Nach Auflösung der preußischen Nationalversammlung, Oktroyirung der Verfassung und Wiedereinführung des indirekten Wahlrechts wurde B. mit geringer Mehrheit 1849 ins Abgeordnetenhaus gewählt, und zwar vom Kreise Westhavelland. Auch auf dem Erfurter Parlament 1850 war B. thätig.

Der König, längst aufmerksam geworden auf den reaktionären Junker, ernannte ihn 1851 zum ersten Legationssekretär bei der preußischen Bundesgesandtschaft in Frankfurt a. M., doch wurde er bereits nach drei Monaten Gesandter am Deutschen Bunde. Hier begann er seine das bisherige Uebergewicht Oesterreichs im Deutschen Bunde bekämpfende Thätigkeit. Bismarck wurde in diesen Jahren mehrfach zu diplomatischen Missionen benutzt, doch mußte man ihn seiner anti-österreichischen Haltung wegen 1859 von Frankfurt abberufen, worauf er zum Gesandten in Petersburg ernannt wurde. Von hier 1862 als Gesandter nach Paris versetzt, blieb er hier jedoch nur einige Monate, da er im Oktober 1862 König zum Ministerpräsidenten und Minister des Aeußern ernannt wurde.

Dem nunmehrigen Minister von Bismarck war es in dieser Zeit beschieden, den berühmten Militärkonflikt mit der Volksvertretung durchzuführen, der darin bestand, daß der Staatshaushalt ohne die verfassungsmäßige Mitwirkung der Volksvertretung geführt und die geplanten Mehrausgaben für das Militär ohne die budgetrechtliche Zustimmung des Abgeordnetenhauses gemacht wurden. Auch stammt aus dieser Zeit das berüchtigte Wort Bismarcks, daß große Fragen nur mit „Blut und Eisen" gelöst werden können. Die lebhafte Agitation gegen den Verfassungsbruch der Regierung wurde mit einer Einschränkung der Preßfreiheit beantwortet. Bismarck ist es auch im wesentlichen, der den dänischen Krieg des Jahres 1864 herbeiführte. 1865 wurde Bismarck wegen seiner „Erfolge" in der dänischen Frage und in der Zollvereinsfrage mit seinen Nachkommen zum Grafen ernannt.

Bekannt ist es und hier nicht ausführlich zu erzählen, wie Bismarck's Politik 1866 zum Kriege mit Oesterreich führte. Immer noch regierte Bismarck ohne Budget. Alle Landtage wurden wegen Verweigerung der Forderungen aufgelöst und immer wieder Neuwahlen veranstaltet. Endlich nach dem siegreichen österreichischen Krieg schwenkte ein großer Theil der bisherigen Opposition ab, bildete die nationalliberale Partei und bewilligte in Gemeinschaft mit den Regierungsparteien nicht nur die Indemnität für die bisherige budgetlose Regierung, sondern auch alle vorgelegten Neuforderungen und endlich Dotationen in Höhe von 4½ Millionen Mark an Bismarck und die preußischen Heerführer.

Im folgenden Jahre, 1867, hielt es Bismarck für gerathen, einen Norddeutschen Bund und einen Norddeutschen Reichstag mit allgemeinem Stimmrecht zu gründen. Die ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts fanden am 12. Februar 1867 statt und führten bereits unseren Genossen Bebel in den Norddeutschen Reichstag. Nachdem die Verfassung des Norddeutschen Bundes berathen und beschlossen war, wurde Bismarck Bundeskanzler. Die schon seit Jahren sehr gespannte Politik Frankreich gegenüber führte 1870 zum deutsch-französischen Krieg, nach dessen siegreicher Beendigung das „Deutsche Reich" gegründet, der König von Preußen zum deutschen Kaiser und Bismarck zum Reichskanzler ernannt wurden. Am 21. März 1871, am Tage der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages, wurde Bismarck in den Fürstenstand versetzt und ihm eine Domäne im Herzogthum Lauenburg verliehen.

Bismarck's Entwickelung und Politik von diesem Zeitpunkt ab ist zu bekannt, als daß sie ausführlich erzählt werden müßte. Nach seinen, im Sinne einer Machtpolitik betrachtet, unstreitig vorhandenen Erfolgen in der äußeren Politik kam eine Periode schwerer Mißgriffe und schwerer Niederlagen der inneren Politik.

Der „Kulturkampf" machte die Zentrumsfraktion dauernd zur stärksten des deutschen Reichstages; der Polizeikampf gegen unsere Partei und das 1878 erlassene Sozialistengesetz trugen nicht wenig dazu bei, die Sozialdemokratie zur stärksten Partei in Deutschland zu machen. 1879 setzte Bismarck, der bisher in handelspolitischen Fragen vielfach liberale Ansichten vertreten hatte, mit seiner neuen schutzzöllnerischen Politik ein. Prämien und Liebesgaben wurden eingeführt und Millionäre gezüchtet. Die Einführung des Tabak- und des Branntweinmonopols gelang dem Reichskanzler jedoch nicht.

Bismarck's 70ster Geburtstag, 1885, brachte ihm große Triumphe. Er wurde von allen „Patrioten" überschwänglich gefeiert und ihm eine im Publikum gesammelte Bismarck-Spende in Höhe von 2½ Millionen Mark überreicht, von der die Hälfte zum Wiederankauf des früher verloren gegangenen Gutes Schönhausen verwendet wurde.

1888 starb der Kaiser Wilhelm I., der alle Zeit unter Bismarck's Einfluß gestanden hatte, und nach weiteren 90 Tagen kam der gegenwärtige Kaiser Wilhelm II. ans Regiment. Bald ergaben sich Differenzen hinsichtlich der zu befolgenden Sozialpolitik, und diese waren wohl der tiefere Grund zu der am 20. März 1890 erfolgenden Entlassung Bismarck's. Er wurde zum Dank für seine Leistungen zum Herzog von Lauenburg und zum Generaloberſten der Kavallerie ernannt, was ihn jedoch nicht abhielt, seinen Nachfolger Caprivi, die Minister v. Bötticher und v. Marschall, sowie den ganzen „neuen Kurs" in wenig vornehmer Weise zu bekämpfen, überhaupt „nörgelnd und polternd hinter dem Reichswagen herzulaufen". Der 80. Geburtstag brachte ihm noch einmal eine große Ehrung durch den Kaiser. Zum letzten Mal trat er sozusagen als geschichtlich handelnde

Persönlichkeit hervor, als er vor einigen Jahren die an Landesverrath grenzende Veröffentlichung des gegen Oesterreich gerichteten „Rückversicherungsvertrages" veranlaßte. — Nun hat der Tod am 30. Juli 1898 dem bewegten Leben des Fürsten Bismarck ein Ende gesetzt.

Die Kundgebungen im In- und Auslande.

Das Ableben des Fürsten Bismarck hat natürlich überall im Deutschen Reich und im Auslande Theilnahme oder doch Bewegung hervorgerufen. Speziell im Deutschen Reich ist es, als am Sonntag Morgen die Nachricht bekannt wurde, zu lebhaften Kundgebungen gekommen. Alle öffentlichen und viele Privatgebäude flaggen halbmast, viele Zeitungen erscheinen mit Trauerrand, und zahllos sind die nach Friedrichsruh gerichteten Depeschen, in denen von Fürsten, Behörden und Privaten dem Beileid Ausdruck gegeben wird.

Von einzelnen Meldungen verzeichnen wir die folgenden. Vom Kaiser, der seine Nordlandsreise unterbricht, ist eine zehntägige Hof- und achttägige Armeetrauer, sowie das Flaggen sämmtlicher Reichs- und Staats-Dienstgebäude auf Halbmast bis nach dem Tage der Beisetzung angeordnet worden. Der „Reichs-Anzeiger" berichtet, daß der Kaiser gestern Morgen von dem Professor Schweninger die telegraphische Nachricht von dem Abends zuvor erfolgten Tode des Fürsten v. Bismarck erhielt. Er sandte darauf folgendes Telegramm nach Friedrichsruh:

Fürst Herbert Bismarck

Friedrichsruh.

In tiefer Trauer theilnehmend an dem Schmerz, der Sie Alle um den theuren großen Todten erfaßt, beklage ich den Verlust von Deutschlands großem Sohne, dessen treue Mitarbeit an dem Werke der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihm die Freundschaft Meines in Gott ruhenden Großvaters, des Großen Kaisers Majestät, fürs Leben erwarb, und den unauslöschlichen Dank des ganzen deutschen Volkes für alle Zeiten. Ich werde seiner Hülle in Berlin im Dom an der Seite meiner Vorfahren die letzte Stätte bereiten. Wilhelm I. R.

Die vom Kaiser geplante Beisetzung im Berliner Dom scheint jedoch von der Familie Bismarck abgelehnt zu werden. Die „Hamburger Nachrichten", die zum Hause Bismarck enge Beziehungen haben, melden nämlich:

„In einer eigenhändig unterzeichneten letztwilligen Verfügung hat der Fürst für den Fall seines Todes angeordnet, daß er an einer bestimmten Stelle des Sachsenwaldes begraben werden will. Die Anordnung schließt: „Als Grabschrift wünsche ich: Fürst von Bismarck, geboren am 1. April 1815, gestorben . . ., und den Zusatz: Ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms I." — An der Stelle, die vom Fürsten selbst zu seiner Ruhestätte ausersehen ist, soll, wie es weiter heißt, ein einfaches Mausoleum errichtet werden, in welchem auch die Fürstin Bismarck mitbeigesetzt werden soll.

Den zahlreichen Meldungen über die Kundgebungen in Deutschland wollen wir noch entnehmen, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe sich Montag Nachmittag mittels Extrazuges nach Friedrichsruh begeben hat, um namens des Staatsministeriums der Trauer um den Heimgang des Fürsten Bismarck dessen Familie gegenüber Ausdruck zu geben und einen Kranz an dem Sterbelager niederzulegen.

Was speziell die Berliner städtischen Behörden betrifft, so haben sich Montag Vormittag beim Oberbürgermeister Zelle die in Berlin anwesenden Stadträthe und der Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter Michelet versammelt, um Maßnahmen zur Betheiligung der städtischen Verwaltung an dem bevorstehenden Begräbniß des verstorbenen Fürsten, der bekanntlich Ehrenbürger von Berlin war, zu treffen. Es soll eine Abordnung entsandt werden, woran theilnehmen Ober-Bürgermeister Zelle und noch zwei Stadträthe, ferner der Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter Michelet und fünf Stadtverordnete. An den Fürsten Herbert v. Bismarck ist von der städtischen Verwaltung folgende Drahtung abgesandt worden: „Bei dem Hinscheiden ihres großen Ehrenbürgers sprechen ihr inniges Beileid aus Magistrat und Stadtverordnete von Berlin. Zelle. Michelet." Oberbürgermeister Zelle hat angeordnet, daß sämmtliche öffentliche städtischen Gebäude Halbmast geflaggt werden.

Auch die ausländischen Blätter bringen spaltenlange Artikel über Bismarck's Tod. Namentlich die Presse der Dreibundsstaaten, Oesterreich-Ungarns und Italiens, beurtheilt den Verstorbenen sehr sympathisch. Auch die russische und englische Presse beschränkt sich bis jetzt darauf, dem Fürsten Bismarck nur gutes nachzusagen und seine Erfolge zu rühmen. Anders ist dagegen die Haltung der französischen Zeitungen. Die „Débats" sagen, Deutschland schulde dem Fürsten Bismarck Dankbarkeit, Europa schulde ihm Bewunderung, jedoch mit vielen Vorbehalten. Frankreich müsse, abgesehen von seinem eigenen Unglück, Einspruch erheben gegen den Rückstoß, welchen die Politik des Fürsten Bismarck manchen großen Sachen versetzt habe. — „La Liberté" wirft Bismarck vor, er habe eine Aera des Hasses inaugurirt, welche früher oder später Ströme Blutes werde fließen machen. — „Le Temps" sagt, Frankreich verstehe es, theilzunehmen an der Trauer seiner großen Gegner. Wenn Frankreich einer Revanche bedürfe, so finde es sie in dem Hinhören auf das gewaltige Rollen dieses Meeres des deutschen Sozialismus, welcher das Werk des großen Mannes bedrohe.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. August.

Ein Agitatorengesetz wird in einer aus deutschkonservativen Kreisen stammenden Zuschrift an die „Post" gefordert. Wir entnehmen derselben die folgenden Sätze:

„. . . . . Ein kraftvolles Vorgehen gegen diese Berufsagitatoren ist das Mindeste, was nach den Erfahrungen der jüngsten Reichstags-Wahlbewegung gefordert werden muß. Die verbündeten Regierungen werden einfach ihre Pflicht erfüllen, indem sie eine Strafgesetznovelle etwa folgenden Inhalts dem Reichstage vorlegen:

„Wer die Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, insbesondere den Bestand des Reiches in seiner gegenwärtigen Gestalt, die Monarchie, die vom Staate anerkannten Kirchengemeinschaften, die Ehe und Familie, das Privateigenthum, die Rechtspflege, die Heereseinrichtungen gewohnheits- oder berufsmäßig in Versammlungen, Zeitungen, Druckschriften aller Art in bewußt gehässiger Weise angreift, wird mit Gefängniß bis zu fünf Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe, im Wiederholungsfalle auch auf Landesverweisung erkannt werden. In denjenigen Fällen, in denen auf grund des ersten Satzes auf eine Gefängnißstrafe von mindestens zwei Jahren erkannt wird, tritt zugleich Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf mindestens fünf Jahre ein."

Ein solches Agitatoren-Gesetz ist nicht nur nothwendig, sondern auch sehr leicht durchzubringen und durchzuführen. Die Sozialdemokraten werden schreien, das ist selbstverständlich, und darüber ist kein Wort zu verlieren; wenn die „bürgerlichen Demokraten" mitschreien, um so besser für die Belehrung weiterer Volkskreise über die wahre Natur der „Vorfrucht"! Sicher wären für die Vorlage die Stimmen der Konservativen und — nach den ausdrücklichen, bestimmten Erklärungen der Herren Dr. Krause und Dr. Sattler gelegentlich der Vereinsgesetz-Berathung im Abgeordnetenhause — auch die Stimmen der Nationalliberalen, denen sich aller Voraussicht nach eine zur Mehrheitsbildung hinreichende Zahl von Zentrumsstimmen hinzugesellen würde. Die Erfahrungen in Oberschlesien, Mainz, Köln, Aachen u. s. w. dürften auch in diesem Lager aufklärend gewirkt haben. Die berufsmäßigen Agitatoren arbeiten ausnahmslos nicht nur auf die Vernichtung der Vaterlandsliebe und der monarchischen Gesinnung, sondern genau ebenso auf die Ausmerzung aller religiösen Empfindungen hin, und durch die Fassung des Gesetzes ist der Möglichkeit, daß über den Kreis der berufsmäßigen Agitatoren hinausgegriffen werden könnte, hinreichend vorgebeugt. Sollte aber wider Erwarten die Mehrheit der Zentrumsfraktion versagen, so würde für Reichstags-Neuwahlen offenbar eine der Regierung und den vaterländisch gerichteten Sammlungs-Parteien günstigere Parole gar nicht denkbar sein als die Forderung: Schutz unseren heiligsten nationalen Gütern gegen deren gewerbsmäßige Verkleinerer!"

Wir zweifeln keinen Augenblick, daß sich die Regierung gerne ein solches Kautschuck-Gesetzchen apportiren lassen möchte, das ist schon bedeutend angenehmer, als das Risiko von Niederlagen wie bei der Berathung der Umsturzvorlage. Ein Wort der Kritik über diesen Vorschlag erübrigt sich, da derselbe augenscheinlich keinen anderen Zweck verfolgt, als so ziemlich jede Agitation innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches völlig unmöglich zu machen.

Ueber die Aussichten einer solchen Vorlage macht sich selbst die „Post" keine besonderen Illusionen. Wir zweifeln zwar nicht an dem guten Willen vieler „nationaler" Politiker, deutsche Staatsbürger, die anderer Meinung wie sie sind, des Landes zu verweisen. Wir glauben aber auch, daß man einigen Anlaß hat, die äußerste Verschärfung des Klassenkampfes herauszufordern. —

Bismarck'sche Indiskretionen beginnen sofort nach dem Tode des ersten Kanzlers. Busch'chen veröffentlicht am Tage nach dem Tode Bismarck's das Abschiedsgesuch des Kanzlers. Wie unangenehm dies in Regierungskreisen gewirkt hat, wie sehr man die Memoiren und sonstige Indiskretionen befürchtet, geht aus einer halbamtlichen Erklärung der „Berl. Pol. Nachr." hervor, die Busch's Veröffentlichung nach jeder Richtung zu diskreditiren bemüht ist. Aehnliche Dinge wie nach dem 20. März 1890 stehen bevor. —

Die Angst scheint die Machthaber in Italien wahnsinnig gemacht zu haben. Durch das Kriegsgericht in Mailand sind heute Turati und Dr. Andreis je zu zwölf Jahren Zuchthaus verurtheilt, der Mitangeklagte Abgeordnete Morgari dagegen freigesprochen worden — offenbar in der einzigen Absicht, die Welt darüber zu täuschen, daß die Richter nur Büttel sind, die auf Kommando, ohne zu prüfen, verurtheilen.

Ueber die Schmach des Urtheils kein Wort — es schreit zum Himmel und gehört zu jenen Verbrechen, die ein System und eine Periode brandmarken.

Nachstehend lassen wir die Korrespondenz unseres römischen Korrespondenten folgen, die keines Kommentars bedarf. Zur Charakteristik des Mailänder Kriegsgerichts sei blos die Thatsache noch erwähnt, die wir einem bürgerlichen Blatt entnehmen: daß der Staatsanwalt erklärte, für ihn sei jede sozialistische Propaganda verbrecherisch.

Das ist die Proklamirung der politischen Acht.

Aus Rom schreibt man uns unter dem 28. Juli:

Gestern hat der Prozeß gegen die drei Deputirten De Andreis, Turati und Morgari begonnen. Der Telegraph wird das Urtheil bereits gemeldet haben. Es dürfte aber von Interesse sein, die Erklärungen, die unsere Freunde vor dem Militärgericht abgaben, kennen zu lernen.

De Andreis erklärt, daß er nicht ein radikaler Republikaner sei, nicht jener Gruppe der „Intransigenten" angehöre, die jeden Kompromiß von sich weist und auch das Wahlrecht nicht als eine Waffe im politischen Kampfe gebraucht. Er habe nicht die Massen aufgeregt, sondern er habe während des Kampfes nur den Verwundeten Hilfe geleistet.

Unser Genosse Turati sagt: „Ich bin Sozialist und sozialistischer Deputirter. Wenn Sozialist sein ein Verbrechen ist, dann bekenne ich mich dessen schuldig, denn ich bin ein überzeugter Sozialist. Meine Partei, die soeben mit mehr denn zwei Millionen Stimmen und 56 Deputirten aus den Wahlen zum Deutschen Reichstage hervorgegangen ist, ist eine Partei der Gesetzlichkeit. Sie hat niemals die Politik der anarchistischen Gewalt gut geheißen, in unzähligen Artikeln und Reden habe ich selbst mich stets für die Gesetzlichkeit ausgesprochen."

„Ich bin immer getreu dem Programm der Partei gefolgt und habe auf Reformen durch die Gesetzgebung gedrungen. Wenn das ein Verbrechen ist, dann bestrafen Sie mich."

Sodann geht Turati auf die Geschichte der Mailänder Revolten ein und stellt fest, daß er vom ersten Tage an bemüht war, die aufgeregten Gemüther zu beruhigen, und schließt mit den Worten: „Ich kann nicht zugeben, daß Sie uns für so dumm halten, als daß wir es wagen sollten, ohne Mittel und ohne Waffen eine Revolution zu machen. In meinen Schriften habe ich mehrfach darauf hingewiesen, daß dies eine Thorheit wäre — daß die Zeiten der Barrikadenkämpfe vorüber sind. Wir Sozialisten werden einer ganz anderen Revolution unseren Sieg zu verdanken haben: der friedlichen Revolution der ökonomischen Entwickelung und der Geister."

Morgari erklärt, daß er in Turin ein Manifest erlassen habe, worin die Bevölkerung zur Ruhe gemahnt wird. Er ging nach Mailand, als alles vorüber war, weil das Gerücht verbreitet wurde, sein Freund Turati sei todt. Er sei überrascht gewesen, denn die Mailänder Sozialisten seien gut organisirt und disziplinirt, es sei kaum anzunehmen gewesen, daß diese sich an den Straßenkämpfen betheiligt hätten. Er sei nach Mailand gekommen, um sich persönlich über die Vorkommnisse zu informiren und dem „Avanti" darüber Mittheilung zukommen lassen zu können. Zu demselben Zweck habe er sich auch nach Lugano in der Schweiz begeben, um Rücksprache mit den italienischen Flüchtlingen zu nehmen, die sich dort aufhielten. Er habe keinerlei Antheil an der Organisation der italienischen Arbeiter, die nach Italien zurückkamen. Im übrigen schließt er sich den Aeußerungen Turati's an.

* * *

Die Blutgerichte in Italien sind in voller Thätigkeit. Vor einigen Tagen verurtheilte das Mailänder Kriegsgericht 80 Angeklagte in contumaciam zu Gefängnißstrafen von 1 bis zu 15 Jahren. Und warum? Sie sollen zum Klassenhaß und zu Verbrechen aufgereizt haben. Als Beweise hat die Anklagebehörde nur die Thatsache anzuführen vermocht, daß die Angeschuldigten Mitglieder sozialistischer und republikanischer Klubs sind. Das genügt jetzt aber auch zur Verurtheilung in Italien. Der ehemalige radikale Deputirte Antonio Maffi wurde, obwohl er als Gegner des Sozialismus bekannt ist, zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt, nur weil er für Arbeiter-Kooperativ-Genossenschaften thätig gewesen.

Vor dem Kriegsgericht in Florenz beantragte der Ankläger gegen die Revoltanten von Figline insgesammt 376 Jahre Gefängniß. Das Urtheil ist noch nicht verkündet. Amilcare Cipriani, der sich gegenwärtig in Paris befindet, wurde zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt wegen einer Rede, die er 3 Monate vor Ausbruch der Revolte in Florenz hielt. — Das Neapolitanische Kriegsgericht hat nicht weniger dann auf 642 Jahre 11 Monate 21 Tage Gefängniß und 50 927 Fr. Geldstrafe erkannt.

Im Laufe dieses Monats wird vor dem Tribunal zu Turin auch gegen Frl. Paola Lombroso, die Tochter des bekannten Gelehrten, verhandelt werden wegen eines Artikels, den sie in dem sozialistischen Organ von Turin veröffentlicht hat. —

* * *

Deutsches Reich.

Vertheuerung des Fleisches. Die neue seit Jahren befolgte Politik der systematischen Absperrung der Landesgrenzen gegen die Viehzufuhr hat eine beachtenswerthe Kundgebung hervorgerufen. Die Berliner Fleischerinnung veröffentlicht das folgende:

Wenn in nächster Zeit die Fleischerei-Gewerbetreibenden Berlins — um ihre Existenz aufrecht zu erhalten — veranlaßt werden die Verkaufspreise von Wurst- und Fleischwaaren zu erhöhen, so sind dieselben durch die verhältnißmäßig hohen Preise auf dem hiesigen Viehmarkt hierzu gezwungen. Ehe nicht die Grenzen für die Einfuhr von lebendem Vieh nach Deutschland geöffnet werden, ist eine Aenderung der jetzigen Zustände nicht zu erwarten.

Der Vorstand der Berliner Fleischer-Innung.
Moritz Schmidt. P. Burg. H. Benst. A. Henze.
A. Jähnert. W. Lenz.

Bekannt ist es ja, daß die Absperrung der Grenzen gegen das ausländische aber billige Vieh zu den bewährtesten Programmpunkten der deutschen Agrarier gehört. Kommt kein fremdes Vieh herein, dann können sie für ihr inländisches beliebige Preise dekretiren — und das deutsche Volk muß sie bezahlen. Interessant ist, daß sich die Regierung seit Jahren dazu hergiebt, dieses nahrungsmittelvertheuernde Verlangen der Agrarier prompt auszuführen, allerdings mit der Motivirung, daß im Auslande Viehseuchen herrschen. Thatsache ist jedenfalls, daß das Vorhandensein dieser Viehseuchen in vielen Fällen von kompetenter Seite bestritten wird, so daß es wirklich an der Zeit zu sein scheint, in eine energische Prüfung der Frage einzutreten, ob die systematische Grenzabsperrung dem Gesundheitszustand der deutschen Ochsen und der deutschen Schweine, oder ob sie vielleicht in höherem Grade den Finanzen der deutschen Agrarier aufhilft. —

Zentrum und Wahlrecht. Die „Rheinische Volksstimme", das Organ der rheinischen Zentrumsagrarier, schreibt:

„Die Frage der berufsständischen Vertretung, für welche wir mit den gesammten christlichen Sozialpolitikern seit Jahren eingetreten sind, scheint jetzt ernstlich in Fluß zu kommen. Die konservative Presse hat einen Anlauf genommen, und die „Kölnische Volkszeitung", die größte Gegnerin, sieht sich wenigstens veranlaßt, ihr Schweigen zu brechen; und mit der Erzwingung der öffentlichen Diskussion ist schon viel gewonnen. In ihrem neuesten Artikel (Nr. 638) wagt sie es nicht mehr, das Prinzip direkt zu bekämpfen, fährt aber fort, . . . ihren Lesern vorzuspiegeln, bei der berufsständischen Vertretung kämen die Katholiken zu kurz. . . . Die „Kölnische Volkszeitung" weiß recht wohl, daß alle katholischen Autoritäten jenem Prinzip eifrig das Wort reden."

Die „Rheinische Volksstimme" tritt also in eine Reihe mit konservativen Blättern, wie „Kreuz-Zeitung" und „Reichsbote"; und wenn sie von der „Kölnischen Volkszeitung" sagt, sie wage nicht mehr, das Prinzip der berufsständischen Vertretung direkt zu bekämpfen, so hat sie darin recht; denn die „Kölnische Volkszeitung" schrieb:

„Die deutschen Katholiken würden bei einer Verwirklichung der wahlpolitischen Ideale der Konservativen zweifellos sehr schlecht fahren; sie würden in allen berufsständischen Interessengruppen die geborene Minderheit bilden. Der Regierung aber wäre es ein leichtes, die einzelnen Interessengruppen gegen einander auszuspielen."

Aus dieser Aeußerung läßt sich in der That eher alles andere lesen, als die grundsätzliche Gegnerschaft zu dem Plan der berufsständischen Vertretung; die „Kölnische Volkszeitung" fürchtet nur, die Katholiken möchten dabei zu kurz kommen. Was ein nach dem Grundsatz der berufsständischen Vertretung umgestaltetes Wahlrecht für die Arbeiter bedeutet, das ihre Millionenzahl nicht schwerer ins Gewicht fiele, als die kleine Zahl der Industriebarone, braucht wohl nicht ausgemalt zu werden. Das ist gewiß, wenn diejenigen industriellen und ländlichen Arbeiter, die dem Zentrum jetzt noch treu sind, die Heerfolge versagen, dann wird auch sein „demokratischer Flügel" einer Verschlechterung des Wahlrechts in der einen oder anderen Form geneigt sein.

Wie man im Zentrum über das Wahlrecht denkt, verräth übrigens auch eine Korrespondenz, die anläßlich der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in mehreren Zentrumsblättern stand. Es hieß da unter anderem:

„Wenn das Gesetz über die Verbesserung des Gemeindewahlrechts den Landtag beschäftigt, so wird auch in Frage kommen, ob die Stimmabgabe bei den kommunalen Wahlen nicht geheim gestaltet werden muß. Die öffentliche Stimmabgabe verstärkt offenbar die plutokratische Beeinflussung. Der Einfluß des Besitzes kommt doch wahrlich in dem Vorrechte der ersten und zweiten Wählerabtheilung schon genügend zur Geltung. Da die große Masse der kleinen und abhängigen Leute höchstens über ein Drittel der Sitze verfügen kann, so darf man ihnen doch wohl eine freie Wahl, d. h. eine geheime Wahl, gestatten."

Mit der Dreiklassigkeit des Gemeindewahlrechts hat man sich also abgefunden; man wünscht nur, daß die Wahl geheim sei. Daß die Mehrzahl der Arbeiter durch das Zensussystem von der Gemeindewahl ausgeschlossen bleibt, stört das Zentrum nicht, denn die stimmen doch meist nicht nach seinem Wunsch. Ueberdies läßt auch das Verhalten des Zentrums dem preußischen Landtagswahlrecht gegenüber niemanden in Zweifel, was es mit seiner grundsätzlichen Stellung auf sich hat. —

Das Rad der Zeit. In Faulbrück, Kreis Reichenbach in Schlesien bestanden früher über 20 Bauernhöfe, von denen mehrere 100 bis 140 Morgen zählten. Heute kann ganz Faulbrück, obgleich es zu den größten Dörfern des Kreises gehört, nur noch 7 bis 8 eigentliche Bauerngüter aufweisen. Die übrigen sind theils von den Dominien, theils von Güterschlächtern aufgekauft worden. Den Löwenantheil haben die Dominien verschlungen. Die Nachbardörfer weisen — wenn auch nicht in so erheblichem Maßstabe — dasselbe Ergebniß auf. Alles drängt zur Großproduktion! —

Kiel, 30. Juli. (Eig. Ber.) **Zur Schießaffäre in Kiel.** Der Signalgast Traumöller vom Schulschiff „Ulan", welcher am 23. Juli von der Patrouille des ersten Seebataillons angeschossen wurde, ist thatsächlich zum Krüppel geworden. Heute wurde nämlich sein verletztes Bein amputirt. —

Königsberg i. Pr., Ende Juli. (Eig. Ber.) Die ostpreußischen Agrarier wollen nunmehr schwedische Landarbeiter nach Ostpreußen einführen, da ihnen auch die russisch-polnischen Arbeiter bereits zu anspruchsvoll geworden sind. Dieselben haben nämlich in letzter Zeit an mehreren Stellen die Arbeit niedergelegt und höhere Löhne gefordert sowie eine bessere Behandlung verlangt. Deshalb wollen es die Herren probeweise einmal mit Schweden versuchen. In der Vorstandssitzung, die der Sitzung der ostpreußischen Landwirthschaftskammer, die gegenwärtig hier stattfindet, vorangegangen war, wurde am 8. Juli beschlossen, um dem Arbeitermangel zu steuern, probeweise 100 schwedische Landarbeiter zu besorgen und auf den Gütern unterzubringen; die Transportkosten sollen bis zu 1000 Mk. aus der Kasse der Landwirthschaftskammer gedeckt werden. Es wird den Agrariern doch immer schwerer, die genügende Anzahl willenloser Ausbeutungsobjekte zu finden. Ob die Schweden nach dem Herzen der ostpreußischen Junker sein werden? Wundern dürfen wir uns nicht, wenn eines Tages die ostpreußische Landwirthschaftskammer beschließt, sich eine Sendung chinesischer Importen aus Kiautschou kommen zu lassen. Des weiteren wurde in der Sitzung noch beschlossen, den Oberpräsidenten zu bitten, die Aufstellung einer Statistik über die in der Provinz Ostpreußen leerstehenden Wohnungen auf dem Lande veranlassen zu wollen. Werthvoll wäre die Statistik erst, wenn auch über die Art und Beschaffenheit der Wohnungen darin etwas enthalten sein würde. Da würde es leichter erklärlich sein, daß diese Räume, die man meist dem Vieh nicht zum Aufenthalt anweisen kann, wenn man seine Gesundheit nicht gefährden will, von den Arbeitern verlassen sind.

Zur Lippe'schen Etiquettenfrage findet sich in bürgerlichen Blättern die folgende Notiz: „Die Meldung, daß der deutsche Reichskanzler Fürst Hohenlohe mit dem Graf-Regenten von Lippe-Detmold eine Unterredung gehabt, dürfte sich als zutreffend erweisen." —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung ist von der Strafkammer in Landsberg a. W. der Zimmermann Karl Filenins zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Der Umstand, daß der Verurtheilte Soldat gewesen und jetzt Mitglied eines Kriegervereins ist, fiel, wie in der Urtheilsbegründung, der „Neumärkischen Zeitung" zufolge, hervorgehoben wurde, als besonders strafschärfend ins Gewicht. —

Ungarn.

Budapest, 29. Juli. Verhaftung eines Polizei-Agenten. Der ehemalige nationale Agitator und spätere Agent der politischen Staatspolizei im Ministerium des Innern, Georg Tinpye, und seine Frau, die wegen Wechselfälschung zu einer dreimonatlichen Kerkerstrafe verurtheilt worden waren, sich aber seit mehreren Jahren der Verbüßung der Strafe zu entziehen gewußt haben, wurden nunmehr im Auftrage der Staatsanwaltschaft verhaftet und dem Landesgerichte eingeliefert. —

Frankreich.

Paris, 31. Juli. Der Brigadegeneral de Lanne ist an stelle des Divisionsgenerals Gonse zum Unterchef im Generalstab der Armee ernannt worden. Gouse war in starkem Maße in die Affäre Dreyfus verwickelt. —

Paris, 1. August. Die Neuwahlen zum Generalrath sind ruhig vor sich gegangen; eine Aenderung in der Zusammensetzung der Generalräthe haben sie nicht ergeben. —

Paris, 1. August. („Voss. Ztg.") Esterhazy's Vetter Christian Eherhazy hat gegen den Major Esterhazy Klage wegen Schwindels und Betrugs eingereicht. (Esterhazy soll seinem Vetter 40 000 Fr., die dieser ihm zur Aufbewahrung anvertraut hatte, unterschlagen haben. —

England.

Ueberall Panama. Liebliche Nachrichten über ein neues Panama kommen aus England. Dieselben sind um so interessanter, weil auch die Namen mehrerer Herren von dem jetzt wieder so beliebt gewordenen „hohen Adel" darin eine ebenso würdige wie bedeutende Rolle spielen. Ob diese Herren „ebenbürtig" sind, sind wir nicht sachverständig genug, zu beurtheilen. Wir lesen in der „Voss. Zeitung":

„Seit die Untersuchungen über Dr. Jameson's Einfall in die südafrikanische Republik vor etwa einem Jahr jäh abgebrochen wurden, hat man keine so erstaunlichen Enthüllungen zu lesen bekommen, wie die sind, die der bankbrüchige Millionär und Gründer Ernst Tirah Hooley in seinem gestrigen Verhör über seine finanziellen Geschäfte und über die an adelige Direktoren, Revolverjournalisten und sonstige Ehrenmänner geleisteten Zahlungen machte. Herr Hooley hat kein sehr gutes Gedächtniß, er kann sich nicht immer erinnern, zu welchem Zweck diesem oder jenem Manne eine so unbedeutende Summe wie 10 000 Lstrl. gezahlt worden ist, es ist auch möglich, daß es einigen der mit erfrischender Offenheit als Revolverjournalisten bezeichneten Herren gelingt, den zwischen dem Gründer und ihnen abgeschlossenen Geschäften eine unschuldigere Deutung zu verleihen. Es ist immerhin genug über diese Hooley'schen Gründungen an die Oeffentlichkeit gelangt, um anständigen Leuten die Haare zu Berge zu treiben. Man nehme nur die Angaben Hooley's über die Kosten der sogenannten guineapigs. Im „Slang" der City wird mit diesem Namen ein gewöhnlich adeliger Direktor bezeichnet, der gegen Zahlung seinen Namen dazu hergiebt, um dem Publikum, das durch den Gründer ausgeplündert werden soll, Vertrauen einzuflößen. Der adelige Direktor ist der Köder, womit der Gründer die Gründlinge fängt. Im vorliegenden Fall haben die adeligen Direktoren ihre Guineen, denen sie ihre Bezeichnung als guineapigs verdanken, redlich verdient. Die Dunlop Company kostete Herrn Hooley rund 3 Millionen Lstrl. Er hat diese Gesellschaft auf das Publikum für 5 Millionen abgeladen mittels eines „Prospektus", dessen Veröffentlichung ihn 50 000 Lstrl. kostete. Man streitet darüber, ob dieses Mittel Raub (blackmail) oder Bestechung (bribery) sei. Es kommt schließlich auf dasselbe hinaus und ist vom moralischen Gesichtspunkt aus gleichgiltig. Als Direktoren der Dunlop Company figurirten der Earl de la Warr, der sich die Benutzung seines Namens mit 25 000 Lstrl. bezahlen ließ. Der Herzog von Somerset gab seinen Namen umsonst her. Der Earl of Albemarle erhielt 12 500 Lstrl. Er hätte nur die Hälfte erhalten sollen, aber Herr Hooley bemerkte nicht ohne einen Anflug von Sarkasmus, daß der Graf nicht wisse, was die Hälfte sei. Zwei Notare erhielten je 20 000 Lstrl. dafür, daß ihre Namen auf dem „Prospektus" erschienen. Ein anderer Solicitor (Notar) soll 5000 Lstrl. dafür eingestrichen haben, daß er zwei Adelige bewog, Direktoren zu werden. Die Enthüllungen über die der Revolverpresse gezahlten Summen werfen ein seltsames Licht auf die Moralität der sogenannten Finanzblätter. Herr Hooley wurde durch Finch-Hatton einem gewissen Harrison Davies vorgestellt, der vertraglich die kleinen Abendblätter auf sich nahm und diese klässende Meute ruhig hielt. Dieser Finch-Hatton ist ebenfalls ein adeliger Sprosse. H. Davies war ein sehr nützlicher Mann, aber seine Liste der zu bestechenden Blätter war sehr lang. Wie alle diese Revolverblätter hießen, weiß Hooley gar nicht mehr; sie bekamen 10, 20, ja sogar 100 Lstrl. das Stück. Nur der „Fin. Post" und der „Pall Mall Gaz." entsinnt er sich noch. Diese Preßzahlungen beliefen sich auf rund 76 000 Lstrl. in Aktien, die dann mit Agio aufs Publikum abgeladen wurden. Das Parlaments-Mitglied Harry Marks, Eigenthümer der „Financ. News", war Hooley's Busenfreund. Ein diesem Herrn von Hooley gesandter Check erhält eine eigenartige Erklärung. Marks hatte die Wahl zwischen Theilscheinen in Dunlops Company im Betrage von 20 000 Pfd. Sterl., oder 10 000 Pfd. Sterl. in Baar, und zog Baargeld vor. Seinem Redakteur Jennings drang Hooley einen Check für 500 Pfd. Sterl. auf, als Anerkennung für einen Artikel. Für einen anderen anerkennenden Artikel in der „Financ. Post" wurden 1500 Pfd. Sterl. gezahlt, nachdem der Redakteur gedroht hatte, an einem bestimmten Tage einen der Gründung feindlichen Artikel zu bringen." —

London, 30. Juli. Das Unterhaus nahm mit 133 gegen 29 Stimmen die dritte Lesung der Impfgesetz-Novelle an. —

Italien.

Vermehrung der Marine trotz des zum Himmel schreienden Massenelends scheint auch jetzt die Hauptsorge der italienischen Regierungsmänner zu sein. Wie man aus Rom schreibt, studirt der Marineminister Admiral Palumbo eifrigst die Mittel, durch welche der vom verstorbenen Minister Brin entworfene Plan für die Verstärkung der italienischen Flotte mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden könnte. Er pflegt mit dem Schatzminister Bacchelli Berathungen über eine weitere Erhöhung des Marine-Budgets, das für den erwähnten Zweck schon unter Brin eine Erhöhung um sieben Millionen Lire erfahren hat. —

Türkei.

Konstantinopel, 30. Juli. (Int. Korr.) Die Botschafter Rußlands, Englands, Frankreichs und Italiens bestätigten in ihrer gestrigen Sitzung den von der kretischen Nationalversammlung erwählten Zehner-Ausschuß unter dem Vorsitz des Dr. Spakianakis als ausführendes Organ der provisorischen Verwaltung. Den von den muhamedanischen Notabeln übersandten Protest gegen das Verwaltungsstatut wiesen die Botschafter als ungerechtfertigt zurück.

Konstantinopel, 31. Juli. Die vier Mächte antworteten auf die Reklamation der Pforte zu gunsten der Muhamedaner auf Kreta, daß die Admirale mit der Verbesserung und Sicherung der Lage der Muhamedaner beschäftigt seien. Die Admirale vor Kreta theilten dem Großvezier telegraphisch die Aenderungen in der Verwaltung der Insel mit. —

Konstantinopel, 31. Juli. Die österreichisch-ungarische Botschaft antwortete auf die Note der Pforte bezüglich der Entschädigung der während der armenischen Massacres Beschädigten, daß sie den Standpunkt der Pforte nicht anerkenne, ihre Ansprüche aufrechterhalte und die diesbezügliche Entscheidung der Pforte erwarte. —

Kanea, 31. Juli. Die italienische Artillerie hat heute Kreta verlassen.

Asien.

Der Aufstand in Süd-China umfaßt so ausgedehntes Gebiet, daß Theilerfolge der Regierungstruppen, wie die Wiedereinnahme der Stadt Jungjun, noch keine Entscheidung bedeuten. Jedenfalls ist hinter der Meldung von dem „fast" unterdrückten Aufstande in Kwangsi ein um so größeres Fragezeichen zu setzen, als zugleich die Ausrufung einer neuen Dynastie unter dem Titel „Großer Fortschritt" durch den Aufstandsleiter Lilaphan mitgetheilt wird. Die unmittelbar gegen die trotz ihres mehrhundertjährigen Bestandes immer noch unpopuläre regierende Mandschu-Dynastie der Tsing gerichtete Proklamation des Lilaphan wendet sich thatsächlich gegen die Willkür der Mandarine und den wachsenden Einfluß der Fremden. Ohne den mystischen Beigeschmack ähnelt somit die neue Dynastie jener, welche der Visionär und Bilderstürmer Siutsuen im Herbste 1851 gegründet hat. Jene hieß bekanntlich Taiping, das heißt „Großer Friede". Sie erstarkte in so drohender Weise, daß die gleichfalls aus Kwangsi hervorgegangenen Taipings das ganze Land östlich vom Tsekiang und südlich vom Yang-tse-kiang an sich rissen, Nanking erstürmten und daraus ihre „Himmelsresidenz" als Mittelpunkt des neuen Reiches machten. Die Pekinger Regierung allein war zu schwach, die furchtbare Taiping-Revolution niederzuschlagen, was, wie erinnerlich, erst mit Hilfe der englischen Truppen gelang. Wenn die Revolutionäre vom „großen Fortschritt" nicht bald wirklich zu Paaren getrieben werden, ist auch diesmal eine europäische Einmischung nicht ausgeschlossen. —

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratie von Reuß j. L. hält am 28. August in der Reichskrone zu Gera ihren achten Parteitag ab. Auf demselben werden die Kandidaten zur nächsten Landtagswahl ernannt werden.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Der Redakteur des freisinnigen „Gothaischen Tageblatts", ein Herr Karl Himmelein, hat seinen Kollegen vom sozialdemokratischen „Gothaischen Volksblatt", unsern Genossen Josef Joos, wegen Beleidigung verklagt. Herr Himmelein fühlt sich durch eine Reihe von Artikeln gekränkt, die während der Reichstagswahl veröffentlicht worden sind.

— Etwa 30 Mitglieder des Sozialdemokratischen Wahlvereins in Goslar haben Strafmandate in Höhe von 3—45 M. erhalten, weil sie den vereinsgesetzlichen Bestimmungen über öffentliche Aufzüge und Versammlungen im Freien zuwidergehandelt haben sollen. Am 1. Mai hatte die Polizei nicht erlaubt, daß die Theilnehmer an dem Weltfeiertage der Arbeit im Zuge durch die Stadt nach dem eine halbe Stunde von derselben entfernt gelegenen Hohen Kohl zögen. Die Mai-Manifestanten versammelten sich nun außerhalb der Stadt und veranstalteten den Zug von dort aus, wobei ihnen ein Musikkorps vorammarschirte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Böttcher Berlins und der Umgegend! Mittwoch, den 3. August, abends 8 Uhr, findet im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine große öffentliche Versammlung der Böttcher statt.

Eine Reihe Unternehmer in Rheinland und Westfalen haben eine Arbeitsordnung herausgegeben, die sogar noch weit hinter der Gesinde-Ordnung zurücksteht. Der § 2 der Arbeitsordnung besagt, daß jedem Gesellen 5 M. von seinem sauer verdienten Lohn als Kaution für das Handwerkszeug abgezogen werden. § 6 verpflichtet jeden Gesellen, fertige Arbeit aufladen zu helfen, ohne daß für diese Zeit eine Entschädigung gezahlt wird. Ein anderer Paragraph verbietet das Zeitunglesen in der Werkstatt, während es doch Sache des Gehilfen selbst ist, darüber zu befinden, womit er sich in den Arbeitspausen beschäftigen will. Nicht genug, daß man den Arbeiter physisch bis aufs äußerste ausnutzt, man möchte ihn auch geistig unterdrücken und bevormunden. Was aber heute den Kollegen in Rheinland und Westfalen passirt, kann bald auch in anderen Gegenden Geltung erlangen. Dem kann nur die Organisation einen Riegel vorschieben.

Kollegen! Wahrt Eure Interessen, indem Ihr Euch der Organisation anschließt, und erscheint Mann für Mann in der angezeigten Versammlung, um lauten Protest zu erheben gegen jeden Unterdrückungsversuch. Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

Die deutschen Stuckateure werden von der Gipsarbeiter-Fachvereinigung in Stockholm in Schweden dringend ersucht, Arbeitsangebote des Bildhauers R. Sundell daselbst bis auf weiteres nicht anzunehmen. Ueber das Geschäft dieses Unternehmers ist von der genannten Vereinigung die Sperre verhängt.

Vom Breslauer Maurerstreik ist zu berichten, daß die Unternehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren. Darauf beschlossen die Streikenden mit 568 gegen 4 Stimmen, den Kampf weiter zu führen.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Zum Zeichen der Solidarität mit ihren kämpfenden Brüdern in Flensburg haben hier mehrere Matrosen des Flensburger Dampfers „Hermann" abgemustert. Da hier keine Leute zum Anmustern zu bewegen waren, mußte der Dampfer mit 2 Matrosen und einem Jungen nach Riga in See gehen.

Zum Hamburger Brotboykott nahmen am Freitag Abend im Hamburger Stadtgebiet acht Volksversammlungen Stellung. Nur eine davon fand ein natürliches Ende, vier verfielen der Auflösung aus den bekannten Gründen nämlich, sobald ein Redner das liebe Exterieur der Herren Bäckermeister berührte. Dagegen dürfen die Meister und der Arbeitgeberverband auf die „Streikbrüder" schimpfen, wie sie wollen. Gegen das Urtheil des Hamburger Landgerichts, durch welches die Bäcker-Innung mit ihrer Klage gegen einen Bäckermeister, der den bekannten Revers unterzeichnet hatte, abgewiesen wurde, will die Innung Revision anmelden.

Wegen Beleidigung der Beamten der Berg-Inspektion am Deister wurde der frühere Reichstags-Abgeordnete Bergmann Möller vom Landgericht in Hannover zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Beleidigung soll in einer Versammlung zu Egestorf geschehen sein, wo Möller das Verhalten der Bergbeamten gegenüber den Bergleuten kritisirte, die eine Lohnerhöhung gefordert hatten.

Achtung! Maurer! Zuzug nach Braunschweig ist noch bis auf weiteres streng fernzuhalten, da der Lohn von 45 Pf. noch nicht bei allen Unternehmern gezahlt wird. Es ist aber zu hoffen, daß die Forderung durch Bausperren in nächster Zeit überall durchgeführt werden wird.

Alle Anfragen sowie etwaige Sendungen sind an Fr. Wagener, Fallersleberstr. 40, zu richten. Der Vertrauensmann der Maurer von Braunschweig und Umgebung.

Die Abrechnung vom Streik der Maurer Braunschweigs und Umgegend weist eine Einnahme von 15 858,70 M. nach, der Ausgabeposten in der Höhe von 15,182 M. gegenüberstehen. An Streikunterstützung wurden während des Streiks vom 27. April bis 18. Juni 1898 gezahlt 14 294,78 M., an Reise-Unterstützung 775,80 M. Für Porto und Schreibmaterialien wurden 32 M., für Sitzungen der Streikkommission 27 M. ausgegeben. Diese letzteren Zahlen bezeigen wieder einmal recht deutlich, was das Gerede von dem „Mästen der Agitatoren durch die Streikgroschen" auf sich hat.

Das Leipziger Gewerkschafts-Fest, das am Sonntag in Stötteritz abgehalten wurde, war außerordentlich zahlreich besucht. Die Zahl der Anwesenden wurde auf 30 000 geschätzt. Die Festrede hielt Liebknecht.

Ausland.

Der Tischlerstreik in Salzburg dauert nun bereits 8 Wochen, und noch ist ein Ende nicht abzusehen. Die Gehilfen verlangen die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden und bei einem Durchschnittslohn von 1 fl. 50 kr. eine Lohnerhöhung von 15 pCt. Salzburg ist eine Fremdenstadt und hat dementsprechend hohe Mieths- und Lebensmittelpreise, sodaß die Forderung der Arbeiter gerechtfertigt erscheint. Von den 246 Mann, die seinerzeit in den Ausstand getreten sind, befinden sich jetzt noch 90 im Streik. Zuzug ist streng fernzuhalten. Sendungen wolle man richten an: Jacob Derfola, Badergasse 4, Salzburg.

Ueber den Schneiderstreik in Bukarest wird uns von dort geschrieben:

Volle vier Wochen stehen hier beinahe tausend Arbeiter und Arbeiterinnen, fest geschlossen mit den Stückmeistern, gegen die profitgierigen Kleider-Konfektionäre im Streik. Dieser Streik ist nur dem größten Elende und Hunger entsprungen. Die Unternehmer hatten anfangs den Streik wenig beachtet, indem sie meinten, daß sie es hier mit keiner festen Organisation zu thun haben. Jetzt, nachdem der Ausstand schon volle vier Wochen dauert, nachdem man schon alle schmutzigsten Mittel angewendet, wie: Einsperrungen der Streikenden, einzelne Mitglieder des Streikkomitees hat man zu bestechen gesucht, die Arbeit in die Provinzen geschickt, jedoch alles ohne Erfolg, jetzt will man uns aushungern lassen. Die Haltung unter den Streikenden ist eine musterhafte, und ist die beste Aussicht auf den Sieg vorhanden, wenn es uns auch weiterhin ermöglicht wird, die Kameraden nur mit Brot zu versorgen.

Wir appelliren daher an alle Arbeiter und alle Menschenfreunde, uns in diesem ungleichen Kampfe zu unterstützen.

Rasche Hilfe thut Noth!

Alle Sendungen sind zu adressiren an Anton Hlousek, „Clubul Muncitorilor", Str. Domnei No. 7, Bucarest.

Der Kopenhagener Kohlenträgerstreik, der seit dem Monat Februar andauerte, ist auf Beschluß des Fachvereins der Kohlenträger für beendet erklärt worden. Zwischen dem Fachverein und den Importeuren ist eine Uebereinkunft bezüglich der Löhne getroffen worden; auch haben die Importeure sich verpflichtet, bei Bedarf nur Fachvereinsmitglieder anzunehmen. Von den 700 Mann, die am Ausstand betheiligt waren, ist nur etwa ein halbes Dutzend ihren Kameraden abtrünnig geworden.

Der Krieg.

Die amerikanischen Friedensbedingungen scheinen im Prinzipe von der spanischen Regierung als Unterlage der weiteren Verhandlungen angenommen zu sein, doch auch hierüber liegen widersprechende Meldungen vor. Die Unmöglichkeit Spaniens, ernsten Widerstand zu leisten, die Fortschritte der Amerikaner auf allen Gebieten des Kriegsschauplatzes einerseits, andererseits die Verheerungen des gelben Fiebers unter den amerikanischen Truppen auf Kuba — man zählt schon 5000 Erkrankungen —, dann die Schwierigkeiten, die auf Kuba und den Philippinen den Amerikanern von den Insurgenten bereitet werden, lassen einen baldigen Friedensschluß erwarten. Die Stimmung in Spanien ist jedenfalls dem Frieden sehr geneigt.

Die kubanischen Aufständischen. Das Kriegsamt hat nach der „Internat. Corresp." die auf Kuba befehligenden Generale in bestimmter Form angewiesen, den kubanischen Aufständischen unter keinen Umständen noch Waffen und Schießbedarf zu liefern, sondern denselben nach Möglichkeit die Waffen zu entziehen.

Ein Telegramm aus Havana theilt mit, daß Calixto Garcia den Oberbefehl über die Aufständischen in der Provinz Santiago niederlegte und nach Camagney abreiste.

Die kubanischen Insurgenten griffen in der Nähe von Placetas einen Transportzug an; vier Soldaten wurden getödtet, neun verwundet.

Auf Kuba wird der Krieg trotz der Friedensverhandlungen weiter fortgesetzt. Nach einem bisher nicht bestätigten Gerücht haben die Amerikaner Nuevitas de Principe, das die Spanier geräumt hatten, beschossen und in Brand gesteckt. — Die Amerikaner haben bei Sagua-la-Grande den Dampfer „Habasqueno", welcher die französische Flagge führte und sich mit Kohlen und Vorräthen auf der Fahrt nach Sagua befand, fortgenommen.

Aus Havana wird gemeldet: Die Spanier schlugen bei Cardenas eine Abtheilung von 400 Mann, welche eine amerikanische Flagge mit sich führten. Die Abtheilung verlor 10 Todte.

Eine Depesche aus Havana meldet ferner, die Blokade werde sehr streng gehandhabt; ein amerikanisches Schiff habe San Severino und Plantanzas bombardirt.

Von den Philippinen liegen die folgenden Nachrichten vor:

Eine Depesche des Generals Miles meldet, sobald sämmtliche Truppen gelandet seien, würde der Vormarsch sofort beginnen; General Miles verlange, die Frage wegen der Zollgebühren in den von den Amerikanern besetzten Häfen von Portorico solle der Entscheidung des Präsidenten unterbreitet werden; inzwischen solle der gegenwärtige Tarif in kraft bleiben. Hinsichtlich der Verwaltung von Portorico hat General Miles gleiche Instruktionen ertheilt, wie sie für die Philippinen und Santiago gegeben sind.

In einem Telegramm des Admirals Dewey heißt es, es seien ernsthafte Anzeichen dafür vorhanden, daß ein Kampf mit den Aufständischen nothwendig sein würde, und daß in diesem Falle 150 000 Mann nöthig sein würden, um den Aufständischen auf den verschiedenen Inseln gegenüberzutreten.

In New-York eingelaufenen Depeschen zufolge haben auf den Philippinen Zusammenstöße zwischen Amerikanern und Insurgenten stattgefunden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Realp, 1. August. (W. T. B.) Der Revisor Kall von Mannheim ist am letzten Freitag bei nebeligem Wetter, als er in Begleitung seines 17jährigen Sohnes auf dem Wege vom Gotthardhospiz über den Orsiorapaß nach Realp sich befand, über eine steile, durch Regen schlüpferig gewordene Grashalde abgestürzt. Nachdem sofort Hilfe herbeigerufen war, wurde er mit gebrochenem Bein, mehreren Wunden am Kopfe und einer Verletzung des Rückens nach Realp gebracht, wo er bald darauf verschied, wahrscheinlich wegen Bruchs der Wirbelsäule. Obwohl die Absturzstelle höchst ungefährlich ist, war die Tour bei Nebel ohne Führer doch gewagt.

Klagenfurt, 31. Juli. (W. H.) Hier ist rapider Temperaturfall eingetreten. Die Zentralalpen sind bis zur Holzgrenze im Schnee eingehüllt.

Budapest, 31. Juli. (W. H.) Seit drei Tagen wüthet ein furchtbarer Orkan mit starkem Gewitter, der in verschiedenen Komitaten kolossalen Schaden anrichtete. In Werschetz wurde die Honvedkaserne zerstört. Mehrere Landwehrsoldaten wurden getödtet, ein Hauptmann und ein Unteroffizier wurden schwer verwundet.

Paris, 1. August. (W. T. B.) Picquart wurde heute früh in das Kabinet des Untersuchungsrichters Fabre geführt, der ihn den ganzen Vormittag hindurch verhörte. Auch am Nachmittag wurde das Verhör fortgesetzt. Wie die Blätter melden, benachrichtigte der Pariser Deputirte Berri den Justizminister Sarrien, er werde ihn beim Zusammentritt der Kammer über die Art und Weise, in der Bertulus die Funktionen des Untersuchungsrichters ausübe, interpelliren.

Rom, 1. August. (W. T. B.) Im Amtsblatt werden heute Abend die Dekrete betreffend Aufhebung des Belagerungszustandes in der Provinz Como und im Bezirk Spezia, sowie betreffend Rückgabe der Leitung der Polizeigewalt an die Präfekten in den Provinzen Como, Bergamo, Sondrio und Brescia.

Petersburg, 1. August. (W. T. B.) Die Zurücknahme der Zollerhöhungen auf Lederwaaren und Zelluloidwäsche wird morgen in dem Regierungs-Anzeiger und gleichzeitig in der hiesigen Handelszeitung offiziell publizirt werden.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 178. 15. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Dienstag, 2. August 1898.

Lokales.

Die Mitglieder der Lokalkommission werden ersucht, alle Aenderungen der Lokalliste ihrer Orte bis spätestens Mittwoch, den 3. August, einzusenden, und zwar für den Kreis Teltow-Beeskow an Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstr. 7; für Nieder-Barnim an Paul Winkler, Weißensee, Lehderstraße 95; für Ober-Barnim an R. Salomon, Wriezen a. O.; für Potsdam-Osthavelland an Laukant, Tapezirer in Spandau; für Berlin an Oskar Mahle, Ritterstr. 8, III.

Der elektrische Betrieb auf der Wannseebahn-Strecke Berlin-Zehlendorf. Auf dieser Vollbahnstrecke soll zunächst einer der im bestehenden Fahrplan verkehrenden Züge auf die Dauer eines Jahres elektrisch betrieben werden. Dieser verkehrt in jeder der beiden Richtungen auf der 12 Kilometer langen Eisenbahn-Linie 15mal, legt mithin täglich 360 Kilometer zurück und wird aus neun normalen Vorortwagen der gegenwärtigen Bauart bestehen. Die an der Zugspitze und am Ende laufenden Wagen 3. Klasse werden als Motorwagen ausgerüstet, sodaß beim Richtungswechsel in Berlin und Zehlendorf keinerlei Aenderung am Zuge selbst vorzunehmen ist; nur der Wagenführer hat selbstverständlich seinen Standpunkt zu wechseln. Die Abtheile an der Spitze und am Ende des Zuges werden als Wagenführer-Räume und die unmittelbar daran stoßenden als Gepäckräume eingerichtet; die bisherigen Abtheile werden wie bisher als Personenräume benutzt. Die gegenwärtige Luftdruckbremse wird beibehalten, gleichzeitig aber elektrische Bremsung zur Gewinnung eingehender Versuchsergebnisse zur Anwendung gelangen; überhaupt ist die elektrische Betriebsweise geeignet, die Betriebssicherheit in mannigfacher Beziehung zu erhöhen, indem eine Reihe von Einrichtungen, die gegenwärtig von Menschenhand zu bedienen sind, in zuverlässiger Weise durch selbstthätige elektrische Auslösungen bethätigt werden. Die bisherige Dampfheizung bleibt zunächst bestehen; der dafür erforderliche Dampf wird dem während des Winters in einen Motorwagen eingesetzten Kessel entnommen. Für die Beleuchtung der Wagenabtheile und der Signallaternen am Zuge sind Glühlampen vorgesehen. Der erforderliche Betriebsstrom wird von der Firma Siemens u. Halske Aktien-Gesellschaft aus ihrer rund 2 Kilometer vom Bahnhof entfernt gelegenen Kraftstation geliefert. Die Arbeitsleitung wird neben jedem Geleis in Gestalt eines fortlaufenden Schienenstranges entlang geführt, der annähernd 1,50 Meter von der Geleismitte entfernt ist und 30 Zentimeter über Fahrschienen-Oberkante liegt. Alle 4 bis 5 Meter ist der Schienenstrang auf Isolatoren gelagert. Gegen unbeabsichtigte Berührung ist die Stromzuleitung mit seitlichen Schutzbrettern eingefaßt. In anbetracht der großen Fortschritte, die im Dampfmaschinenbau hinsichtlich der wirthschaftlichen Ausnutzung des Brennstoffes in neuester Zeit gemacht sind, wird man erwarten können, daß die Kosten der für die Zugbewegung aufzuwendenden Arbeit sich auf einen Betrag ermäßigen lassen, den die Lokomotive in ihrer Eigenschaft als Kraftmaschine wohl niemals erreichen wird. Der technische Leiter dieser Eisenbahnstrecke, Eisenbahn-Direktor Bock, ist der Meinung, daß die Betriebskosten sogar außerordentlich gering (höchstens 6 Pf. für eine Kilowattstunde) sein werden. Die Endachsen jedes Motorwagens sind mit einem Elektromotor ausgerüstet, dessen Anker unmittelbar auf der Achswelle angeordnet und dessen Magnetgestell federnd am Wagenuntergestell aufgehängt ist. Die elektrische Schaltung und Steuerung werden jeweilig von dem an der Zugspitze befindlichen Wagenführerraum aus bethätigt. Die Stromstärke beträgt 500 Volt. Die größte Zuglast soll 210 000 Kilo nicht übersteigen. Wahrscheinlich wird der Versuchszug noch im Laufe dieses Jahres in Betrieb kommen. Entsprechen die Resultate dieser elektrischen Betriebsweise den Erwartungen, so wird die elektrische Betriebsweise weitere Verwendung auf preußischen Staatsbahnen finden.

Die Bestraften unter der Berliner Bevölkerung sind um Neujahr 1896 auf Ersuchen des städtischen statistischen Amtes von der Polizei gezählt worden, um zur richtigen Beurtheilung der Berliner Kriminalität eine geeignete Grundlage zu gewinnen. In sämmtlichen Polizeirevieren der Stadt waren damals im ganzen 53 738 Strafblätter vorhanden. Vergleicht man diese Zahl mit der kurz vorher bei der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 ermittelten Bevölkerungsziffer, so ergiebt sich, daß 36,7 pro Tausend der Bevölkerung bestraft waren. Die bestraften Personen vertheilten sich aber sehr ungleich über die Stadt. Wenn das Verhältniß der Zahl der Strafblätter zur Einwohnerzahl für jedes Polizeirevier besonders berechnet wird (wobei, um den Einfluß von Zufalls-Gruppirungen möglichst auszuschließen, die Schiffsbevölkerung, die Militärpersonen, das diplomatische Korps, die Gäste in Gasthäusern, die Gefangenen in Strafanstalten und die Insassen der Asyle in Abzug zu bringen sind), so stellen sich die Mindestzahlen auf 15,1 pro Tausend im 3. Revier (Gegend des Königsplatzes und des Brandenburger Thores), 13,6 pro Tausend im 2. Revier („Linden"-Viertel), 13,0 pro Tausend im 76. Revier (Hansa-Viertel am Nordrand des Thiergartens), 9,5 pro Tausend im 32. Revier (Lützowplatz-Gegend), 9,1 pro Tausend im 33. Revier (Südrand des Thiergartens); andererseits die Höchstzahlen auf je 47,8 pro Tausend im 89. und 91. Revier (Gegend nahe dem Vinetaplatz bezw. am Bahnhof Wedding), 49,5 und 49,6 pro Tausend im 15. bezw. 16. Revier (östlicher Theil des Spandauer Viertels, von Rosenthaler- bis Prenzlauerstraße, das „Scheunenviertel" in sich schließend), 58,7 pro Tausend im 57. Revier (nördlicher Theil der Müllerstraße). Geht man sämmtliche damals 96 Reviere einzeln durch, dann zeigt sich, daß im allgemeinen die Zahl der Bestraften verhältnißmäßig um so höher ist, je weniger in dem betreffenden Stadttheil die wohlhabende Bevölkerung vorwiegt. Da die Stadttheile mit vorwiegend unbemittelter Bevölkerung in der Regel auch die kinderreichsten sind, so müßten die Gegensätze zwischen Reich und Arm, wie sie in den oben mitgetheilten Extremen besonders scharf hervortreten, noch schärfer ausfallen, wenn die Vergleichung auf die strafmündige Bevölkerung beschränkt würde. Der Einfluß der wirthschaftlichen Lage auf die Kriminalität kommt aber auch so schon deutlich genug zum Ausdruck.

Eine sportliche Veranstaltung, die einen vernünftigen Zweck hätte haben können, fand vorgestern auf der Radrennbahn Halensee statt. Anstatt des blödsinnigen und für die Kultur des Radfahrens im Grunde durchaus werthlosen Konkurrenzjagens sollte diesmal ein Damenfahren vor sich gehen, in welchem Preise bestimmt waren sowohl für das schönste und praktischste Kostüm als auch für die beste Haltung am Rade und gutes Fahren. Es hatten sich vor einer zahlreichen Zuschauermenge etwa zwanzig Radlerinnen zur Konkurrenz eingefunden. Wie Kenner und Kennerinnen versichern, harrt die Frage, welche Kleidung sich für radelnde Damen am besten eignet, noch der Lösung; unentwegt tobt der schon einige Zeit währende Kampf zwischen Rock und Hose auch in diesem Jahre weiter. Uns in unserer Laienbeschränktheit will nun bedünken, daß sich unter den vorgestern zum Turnier erschienenen Schönen kaum eine befand, die sich eine wirklich praktische Lösung der Kleiderfrage zur Aufgabe gestellt hätte; fast alle Konkurrentinnen hatten sich in den Sinn gesetzt, möglichst „fesch" und „schneidig" zu kommen. Eine der Damen glich in ihrem weißen Kostüm akkurat den weiblichen Klowns, die jetzt die Spezialitäten-Theater unsicher machen; andere wieder setzten sich in schwarzseidene Hosen aufs Stahlroß, und von den wenigen, die halbwegs vernünftig und zweckmäßig gekleidet waren, erhielt von dem verehrten Preisrichterinnenkollegium nicht eine einzige ein Ehrengeschenk zuerkannt. Das Publikum, das sich wohl nicht ganz mit Recht noch darüber mokirte, daß das Konkurrenzfahren im Schneckentempo vor sich ging, nahm schließlich die ganze Sache von der heiteren Seite und sorgte für sein Theil dafür, daß die Geschichte möglichst scherzhaft verlief. Zum Glück brachte am Abend ein Feuerwerk von kaum erhörter Farbenpracht, das von den Engländern Pain und Sohn arrangirt war, die schon recht mißmuthig gewordenen Zuschauer wieder in Stimmung.

Menschenquälerei. Das Fahrrad scheint allmälig dasselbe Schicksal erleiden zu sollen, wie vor ihm viele anderen mechanischen Triumphe der Technik, nämlich das, zur Qual der Menschen „entwickelt" zu werden. Bisher diente das Fahrrad zum Sport, zum Vergnügen, zur Körperstärkung und zum menschlichen Verkehr, neuerdings wird es Lastfuhrwerk im schlimmsten Sinne des Wortes. Seit Wochenfrist beobachtet man auf den Straßen Berlins Gefährte von sonderbarer Gestalt. Es sind dies Drei-Räder, bei denen die beiden vorderen bezw. hinteren Räder in voller Wagenspurweite auseinandergehen. Dazwischen befindet sich eine Platte von solchem Umfange, daß erhebliche Lasten darauf placirt werden. Damit das Gefährt aber unter seiner Belastung nicht zusammenbricht, ist das ganze so klobig massiv gebaut, daß es jede Last zu tragen vermag. Wie schwer diese Gefährte aber zu treten sind, das sieht man den meist sehr jungen Burschen an, welche obendrauf sitzen. Mit krampfhafter Anstrengung wird das Gefährt langsam vorwärts getrieben, die Muskeln beben und das Gesicht des Führers ist dunkelroth gefärbt, selbst dann, wenn das Gefährt noch unbeladen ist. Und doch sind die Führer fast ausnahmslos jugendliche Burschen, die in der besten Entwickelung begriffen sind und Ueberanstrengungen mit einem Theile ihrer Gesundheit und Lebenskraft bezahlen. Vorerst sind es meist Fahrradhändler, welche solche Gefährte zu Reklamezwecken in Betrieb setzen, dieselben sollten aber doch bedenken, daß sie ihrem Geschäft einen schlechten Dienst leisten, wenn sie das Fahrrad zum Lastfuhrwerk degradiren.

Von der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft wird jetzt beabsichtigt, für den elektrischen Betrieb auf ihren gesammten westlichen und südwestlichen Straßenbahnlinien ein eigenes großes Elektrizitätswerk zu errichten und zwar auf Schöneberger Gebiet außerhalb der Ringbahn auf einem zwischen der letzteren selbst, der Friedenauer- und der Hänelstraße liegenden, bisher noch als Ackerland benutzten Terrain, für welches sich die Gesellschaft von dem Besitzer desselben, einem der bekannten Schöneberger Großgrundbesitzer und Millionäre, A. Hewald, bereits das Vorkaufsrecht gesichert hat.

Eine wichtige Konzession hat das Polizeipräsidium der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft nach langwierigen Verhandlungen gemacht. Auf der Straßenbahnlinie Alexanderplatz—Schöneberg ist der Verkehr mit Anhängewagen an Sonn- und Feiertagen freigegeben. Bereits am vergangenen Sonntag machte die Gesellschaft von dieser Erlaubniß Gebrauch. Die Befürchtung, daß bei dem in der Leipzigerstraße herrschenden Verkehr irgendwie Schwierigkeiten entstehen würden, hat sich nicht bestätigt.

Aus einer Berliner „Ehevermittelungs-Anstalt". Daß die Ehen nicht, wie es in einem landläufigen Ausdrucke heißt, im Himmel geschlossen werden, ist allbekannt. Die modernen Heirathskandidaten bedienen sich zur Vermittelung dieses geschäftlichen Unternehmens einer „Ehevermittelungs-Anstalt". Eine derartige Anstalt kann in ihrem Prospekt rühmend von sich sagen:

„Durch jahrelange Thätigkeit in unserem so edlen Berufe und durch eine große Anzahl von Mitarbeiterinnen, welche nur aus achtbaren, ehrenwerthen Damen bestehen, ist es uns gelungen, in allen Kreisen der Gesellschaft für uns die vorzüglichsten Verbindungen herzustellen, um unter den reichen Töchtern des Landes aufs allerbeste eingeführt zu sein."

Interessant ist ein Fragebogen, den die heirathslustigen Damen ausfüllen müssen. Es heißt da:

1. Geehrte Dame, wann sind Sie geboren? (Man gebe nur die Jahreszahl an.)
2. Geehrte Dame, welcher Religion gehören Sie an?!
3. Sind Sie schlank oder mittelgroß? und Angabe Ihrer Haarfarbe?
4. Sind Ihre lieben Eltern noch am Leben und welche Stellung nehmen dieselben ein?
5. Ihr vorhandenes Vermögen bitte hier in Zahlen anzugeben.
6. Falls Liegenschaften vorhanden, so bitte anzugeben, in was dieselben bestehen und deren Werth.
7. Sind Erbschaften zu erwarten und ungefähr in welcher Höhe?
8. Wittwen wollen anführen, ob Kinder vorhanden, wieviel und wie lange bereits Wittwe.
9. Welchem Stand und welchem Beruf des Herrn geben Sie den Vorzug?
10. Darf der Herr, welchem Sie Ihre Hand zu reichen belieben, auch Wittwer sein?
11. Sind Sie aus dem Bürgerstande?
12. Sind Sie aus dem Adelsstande?
13. Wünschen Sie einen Herrn aus dem Adels- oder Bürgerstande?

Geehrte Dame! Alle etwaigen weiteren Verhältnisse wollen Sie dem betreffenden Herrn, nachdem Sie mit demselben in Verbindung getreten sind, entweder brieflich oder mündlich mittheilen."

Einem Heirathskandidaten, welcher sich an die Ehevermittelungs-Anstalt wandte, schrieb diese u. a.:

„Die großen Damenlisten des Bureau-Journals, in welche ausschließlich nur reiche Heiraths-Offerten in sehr großer Zahl von Adel und Bürgerstand stets aufgeführt sind, soll Ihnen 3 Monate hintereinander als vertrauliche Mittheilung über viele reiche Damen und zu Ihrer gefälligen Auswahl unter denselben und zu unserer weiteren Veranlassung zugesandt werden, bis Ihre Verlobung ganz nach Wunsch erfolgt ist."

Und weiter:

„Weitere Zahlungen sind vor Ihrer Verheirathung an uns entschieden nicht zu leisten.

Dagegen bitten wir Sie, nachdem Sie sich durch unsere großen Damen-Listen reich und glücklich verheirathet haben, uns mit einem freiwilligen Geschenk, dessen Höhe Sie selbst bemessen wollen, gütigst zu bedenken, und zwar erst dann, nachdem Sie drei Monate verheirathet sind."

Es würde zu weit führen, auf die Fälle des uns noch vorliegenden Materials näher einzugehen. Jedenfalls ist aus dem Mitgetheilten schon hinreichend ersichtlich, wie heutzutage manche reiche Ehe geschlossen wird und wie das Kupplergewerbe blüht.

Nachwehen von der Maifeier. Eine Festrede, deren Dauer nach den Polizei-Akten nur 5 Minuten gewährt haben soll, ist Anlaß einer Anklage gegen die Genossen Emil Schumann als Leiter und Dr. Weyl als Festredner der diesjährigen Maifeier im Feldschlößchen in der Müllerstraße. Der Grobe Unfug-Paragraph, das juristische Mädchen für alles, steht ihnen drohend entgegen und die genannten Genossen haben sich dieserhalb am 20. August vor dem Schöffengericht zu verantworten.

Der Anarchist Dempwolf ist dieser Tage aus dem Gefängniß in Plötzensee entlassen, wo er eine Gefängnißstrafe von 1¼ Jahr verbüßt hat.

Einen Zeitungsboykott hat die hiesige Tischlerinnung verhängt. Der Vorstand versandte an die Mitglieder im abgelaufenen Monat ein Rundschreiben, indem es heißt: „Auf Anregung des Innungs-Ausschusses ist in unserer Quartalsversammlung am 13. d. M. einstimmig der Antrag angenommen worden: Von jetzt ab nicht mehr wie bisher die X-Zeitung zu Bekanntgabe von offenen Stellen zu benutzen, da sich dieses Blatt in direktem Widerspruch mit den Interessen der Arbeitgeber und Handwerksmeister befindet, sondern dem Y-Blatt die Arbeitsmarkt-Inserate zuzuweisen, welches in seinem Inhalte den Wünschen und Forderungen den Handwerksmeistern in entgegenkommendster Weise gerecht wird." Den Namen des Blattes, dem der Boykott gilt, verschweigt der Berichterstatter, er ist aber sehr leicht zu errathen. Bedeutung hat der Beschluß kaum, da die Einwirkung der Innung auf ihre Mitglieder geschweige auf die große Zahl der außerhalb der Innung stehenden Handwerksmeister sehr gering ist. Nur sonderbar, daß die Herren nicht zurückschrecken, ein Mittel zu gebrauchen, das von ihnen so oft mit der ganzen Entrüstung eines Innungsschwärmers bekämpft und begeifert wurde. Allerdings nur wenn die Arbeiter sich dieser Waffe bedienten, hörten wir den Entrüstungsschrei über den Terrorismus der Arbeiter. Nun wird ein bürgerliches Blatt von ihnen boykottirt, weil es nicht von vornherein gegen alle Arbeiterforderungen hetzt — ein Vorwand für den Boykott, der ganz der bornirten Stellung der Innungshelden in allen wirthschaftlichen Fragen entspricht.

Recht bedenkliche Zustände hinsichtlich der Abortverhältnisse herrschen auf dem Grundstück Grünstr. 16, dessen Vorderhaus zur Zeit neu gebaut wird. Den Maurern und Bauarbeitern, etwa 60 an der Zahl, steht nur ein im Hinterhause befindliches Kloset zur Verfügung. Das reicht natürlich nicht aus, und daher stehen häufig einige Arbeiter auf dem zu dem Abort führenden Flur, um das Freiwerden des verschwiegenen Ortes zu erwarten. Dicht neben dem von den Arbeitern benutzten Kloset ist ein zweites für die Mädchen, welche in den Fabrik- und Geschäftsräumen des Hinterhauses arbeiten. Man kann sich denken, wie peinlich es für die jungen Mädchen sein muß, wenn sie bei einem Gange nach dem Abort erst die Reihe der dort wartenden Arbeiter passiren müssen. Der betreffende Bauunternehmer scheint die geringen Kosten zu scheuen, welche mit der Anlage eines besonderen Klosets für die Bauarbeiter verknüpft sind, und daher wird sich wohl an den höchst unangenehmen Verhältnissen nichts ändern, wenn nicht von der Behörde ein Zwang ausgeübt wird.

Einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruches, Sachbeschädigung und anderer Delikte haben sich die drei rohen Burschen zugezogen, welche das Sommernachtsfest des Gesangvereins „Weiße Rose" bei dem Gastwirth Malinowski, Kottbuser Damm 40, in bösartiger Weise störten. Es sind dies der Schlosser Robert Petermann, der Dreher Karl Petermann und der Arbeiter Franz Stiller. In Begleitung zweier Mädchen kam das Kleeblatt nächtlicherweile aus der „Neuen Welt" in das genannte Lokal und restaurirten sich. Die Walzermelodien übten aber sehr bald auf die beiden Mädchen ihre unwiderstehliche Anziehungskraft aus, sie begaben sich in den Tanzsaal und walzten dort nach Herzenslust. Dies war aber nicht nach dem Sinn ihrer Begleiter. Verstimmt drangen auch sie in den Tanzsaal ein und fingen mit den Tänzern ihrer „Bräute" alsbald Händel an. Von dem Wirthe aus dem Lokal verwiesen, wichen sie nicht von der Fahne, so daß sie schließlich mit Gewalt entfernt werden mußten, wobei es zu argen Auftritten kam. Mit gezückten Messern drangen die Wütheriche nunmehr auf das Lokal ein. Da sie dasselbe verschlossen fanden, zertrümmerten sie die Fensterscheiben und verletzten sich dabei nicht unerheblich. Vier Schutzleute vom 86. Polizeirevier sorgten zunächst dafür, daß die Verletzten verbunden wurden, was durch Dr. Stahn und Dr. Müller geschehen ist, und transportirten alsdann die Verbundenen nach der Polizeiwache, woselbst ihre Personalien festgestellt wurden.

Das Gerücht von einem Morde versetzte Sonntag Nachmittag die Umgebung des Lützow-Platzes in Aufregung. Die seit fast neun Jahren beim Hofkonditor Schwinning, Lützowstraße 81, in Stellung befindliche 26jährige Buchhalterin und Direktrice Louise G., gebürtig aus Arnstadt in Thüringen, war gegen 5 Uhr mit zerkratztem Gesicht am Telephondraht erhängt vorgefunden. Auch will man kurz vorher laute Hilferufe gehört haben. Die Herrschaft ist seit Sonnabend nach Schreiberhau verreist. Als die Verstorbene vom Hausdiener aufgefunden wurde, gab sie noch schwache Lebenszeichen von sich, doch konnte der schnell herbeigerufene Arzt nur den inzwischen erfolgten Tod feststellen. Wie die polizeilichen Ermittelungen ergaben, liegt aber lediglich Selbstmord vor, und hat sich das Mädchen die Verletzungen im Gesicht im Todeskampfe selbst beigebracht. Was die Lebensmüde in den Tod getrieben, ist vorläufig noch ein Räthsel. Sie galt als äußerst solide, war bei der Kundschaft sehr beliebt und besaß im Geschäft eine Vertrauensstellung. Noch bis zum Schluß der Geschäftsstunden war sie im Laden thätig gewesen, und niemand hatte irgend eine Veränderung in ihrem Wesen wahrgenommen.

Aus Furcht vor einer Operation ist am Sonntag Morgen die 24 Jahre alte Stickerin Bertha Dehn, die in der Fruchtstraße 24 bei der Wittwe Feist wohnte, in den Tod gegangen. Das Mädchen war von Kind an verlassen und kränkelte oft. Seit einigen Jahren litt es auch an der Bleichsucht und in der letzten Zeit wurde es zudem auchnoch von einem Nasenpolypen gequält. Kein Wunder, daß die Geplagte die Lebenslust verlor und der Schwermuth verfiel. Eine Freundin machte ihr nun den Vorschlag, des Nasenleidens wegen mit ihr in die Universitäts-Klinik zu gehen. Sie erklärte sich auch dazu bereit, verhehlte aber auch ihre Furcht vor einer Operation nicht. Am Sonntag früh, nachdem die ganze Nacht hindurch der Schlaf sie gemieden hatte, muß wohl die Verzweiflung sie übermannt haben. Ohne daß zwei Mädchen, die das Zimmer mit ihr theilten, etwas merkten, erhob sich die Unglückliche, ging leise in die an das Schlafzimmer anstoßende Küche und stürzte sich aus dem 4. Stock zum Fenster hinaus auf den Hof hinab. Ihre Stubengenossinnen und andere Hausbewohner wurden um 4¼ Uhr durch das dumpfe Aufschlagen des Körpers aus dem Morgenschlafe geweckt, eilten auf den Hof hinab und fanden hier Bertha Dehn mit zerschmettertem Schädel in den letzten Zügen auf dem Asphaltpflaster liegen. Trotz ärztlicher Hilfe verschied die Unglückliche schon nach fünf Minuten.

Vier Schüsse, die unmittelbar hinter einander fielen, erregten in der Nacht zum Sonntag gegen 3 Uhr die Aufmerksamkeit einer Schutzmannspatrouille an der Schönhauser Allee, in der Nähe der Bahnstation. Der Beamte forschte nach und fand auf dem neu angelegten Letteplatz einen Mann liegen, der sich in den Hals geschossen hatte und in seinem Blute schwamm. Neben dem Verletzten lag ein Revolver, der noch eine scharfe Patrone enthielt. Der Schutzmann schoß diese ab und holte, da der Verletzte noch Lebenszeichen von sich gab, einen Arzt und von der Schulheiß-Brauerei einen Wagen der hier untergebrachten Unfallstation. Der Arzt verband den Verwundeten und der Beamte fuhr mit ihm nach einem Krankenhause. Als man jedoch hier mit ihm ankam, erkannte der untersuchende Arzt, daß er bereits todt war. Der Wagen brachte nun die Leiche nach dem Schauhause weiter. Der Selbstmörder ist der Arbeiter Gerdeis. Die Veranlassung zum Selbstmord ist unbekannt.

Gefesselt in ein Krankenhaus eingeliefert wurde am Sonntag Abend der 24 Jahre alte Schuhmacher Julius Duebow aus der Magdeburgerstr. 7. D. war bei einer Schwester zu Besuch, zertrümmerte hier ein Fenster und wollte sich hinausstürzen. Dabei verletzte er sich erheblich am rechten Arm. Zwei Schutzmänner vom 4. Revier, die man zur Hilfe rief, mußten ihm die Hände auf den Rücken binden. Nun beruhigte sich der Mann und folgte den Beamten in ein Krankenhaus.

Schwere Verletzungen zog sich der taubstumme Damenschneider Leopold Rudolf zu, indem er in dem Hause Veteranenstraße 4 in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag die Kellertreppe hinabfiel. Dem Verletzten wurde in der Rettungsstation die erste Hilfe zu theil. Wie uns mitgetheilt wird, sind an dieser Stelle schon mehrfach Unglücksfälle vorgekommen, da an der gefährlichen Treppe ein Gitter fehlt, das solche Unglücksfälle verhüten könnte.

Zwei Radfahrer-Unfälle wurden am Sonntag gemeldet. Vormittags gegen 11 Uhr überfuhr ein Radfahrer, der gegen die polizeiliche Vorschrift an der Haltestelle der Pferdebahn mit aller Geschwindigkeit vorbeijagte, einen alten Herrn, der eben eine Tramway in der Schönhauser-Allee, an der Metzerstraße, verließ. Der Fahrer suchte

sich der Verantwortung durch die Flucht zu entziehen, wurde jedoch vom Publikum aufgehalten und, nachdem ihm eine empfindliche Lektion zutheil geworden, der Polizei übergeben.

Eine halbe Stunde später wurde an der Ecke der Kastanien-Allee und Schwedterstraße der 55jährige Kaufmann J. beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem links um die Ecke jagenden Radfahrer zu Boden gerissen. J. erlitt glücklicherweise ungefährliche Verletzungen am Kopf. Der Radfahrer, der von der Maschine gestürzt war, schwang sich schnell wieder auf dieselbe hinauf und entkam.

Zur Lokalliste. Die Arbeiter der Schuhfabrik von Fürstenheim, Andreasstraße, haben zum Sonnabend den 6. August eine Landpartie nach Alte Fischerhütte geplant. Das Lokal ist gesperrt. Die Lokalkommission.

Feuerbericht. Königsbergerstr. 80 hatten Sonnabend Abend 8 Uhr Fußboden und Balkenlage Feuer gefangen. Kurz vorher wurde die Wehr in Anspruch genommen, um Weberstr. 7 ein Pferd aus einem Kellerschachte herauszuholen. Eine Glühlichtlampe verursachte um 9 Uhr Oranienburgerstr. 50 einen Schaufensterbrand. Eine Stunde später gingen Lindenstraße 20/21 Möbel und Gardinen in Flammen auf. Blinder Lärm veranlaßte um 11 Uhr einen Alarm nach Kurfürstenstraße 45. Sonntag Abend 10 Uhr wurde die Wehr nach Annenstraße 24 gerufen, wo ein Stubenbrand ausgebrochen war, der den größten Theil der Zimmereinrichtung einäscherte.

Das Deutsche Theater eröffnet seine Vorstellungen wieder am nächsten Sonnabend, den 6. d. M., mit Sudermann's „Johannes". Der Billetverkauf beginnt am Donnerstag, den 4. August vormittags 10 Uhr.

Aus den Nachbarorten.

Schmargendorf. In der heute Abend stattfindenden Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins spricht Genosse Köster-Schöneberg über: „Was lehrt uns die letzte Wahl?" Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Baumschulenweg. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der Verein „Vorwärts" am Mittwoch, den 3. August, abends 8½ Uhr, in Speer's Restaurant seine Vereinsversammlung abhält. Dr. Borchardt wird über das Thema: Elektrizität und Kulturfortschritt" sprechen. Gäste sind sehr willkommen.

In der Illuminationsaffäre der Adlershofer Parteigenossen findet am 17. August in der Berufungsinstanz vor der zweiten Ferien-Strafkammer in Alt-Moabit Termin statt.

Die Leiche eines Selbstmörders lag am Sonntag in der belebtesten Gegend des Grunewaldes offen zu aller Schau. Der Sattler Lübeck aus Berlin hatte sich Sonnabend Abend am Eingange zum Grunewald in der Nähe der Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen mit einem Revolver erschossen. Bald nach erfolgtem Selbstmord soll die Leiche vom Förster gefunden worden sein. Die Leiche selber aber wurde liegen gelassen. Obgleich man doch auch an amtlicher Stelle wissen müßte, daß der Sonntag ungezählte Schaaren von Ausflüglern in den Grunewald führte, wurden nicht die geringsten Anstalten getroffen, den todten Körper fortzuschaffen; hunderte Männer, Frauen und Kinder umstanden den ganzen Tag über die Leiche, deren blutüberströmtes und durch den Schuß gräßlich verstümmeltes Gesicht offen zu Tage lag. Wie ist es denkbar, daß ein so empörender Vorgang möglich ist? Hatte die zuständige Stelle keine Zeit, die Fortschaffung des Körpers anzuordnen?

Zu einem groben Exzeß kam es am Sonntag Nachmittag in Rixdorf am Südring-Bahnhof. Dortselbst befindet sich die Haltestelle der Pferdebahnlinie Pappelallee—Rixdorf. Gestern Nachmittag gegen 4 Uhr passirten zwei junge Leute in Begleitung eines Leonberger Hundes den Platz. Die beiden Männer wollten den Hund aus dem zum Tränken für die Pferde benutzten Eimer saufen lassen, was die Pferdebahnbeamten ihrer Instruktion gemäß jedoch nicht gestatteten. Nun hetzten die beiden Burschen den Hund auf die Pferdebahnschaffner, indem sie gleichzeitig mit gezückten Messern auf die Beamten eindrangen. Diese vertheidigten sich mit den zum Weichenstellen benutzten Eisenstangen in energischer Weise. Die hinzukommenden Passanten nahmen für die beiden Rowdies Partei, die von den Beamten in furchtbarer Weise zugerichtet wurden. Erst nachdem die Annäherung von Gendarmen verkündet wurde, verzog sich die Masse. Von den Beamten wurde am schwersten der Pferdebahnschaffner Müller verletzt, welcher vier Messerstiche in den Kopf erhalten hat. Ein zweiter Schaffner erhielt zwei Stiche in Kopf und Brust; ein Kutscher eine Stichwunde in den linken Oberarm. Ein anderer Schaffner hatte von dem Hunde eine schwere Bißwunde in die linke Hand erhalten. Aber auch die Rowdies waren schwer verletzt. Dem einen war durch einen Schlag mit dem Eisen anscheinend der linke Unterarm gebrochen und beide Burschen bluteten aus zahlreichen klaffenden Wunden. Zwar gelang die Feststellung ihrer Namen nicht, doch da sie zweifellos die Hilfe von Unfallstationen oder Sanitätswachen in Anspruch nehmen mußten, dürften die Personalien der Exzedenten mit Hilfe der Stationen ermittelt werden. Die verwundeten Beamten mußten sich ablösen lassen.

Eine Eingemeindung im kleinen wird in der allernächsten Zeit nach Charlottenburg hin stattfinden. Im äußersten Westen der Stadt soll ein in der Nähe der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche liegender Wilmersdorfer Ortstheil mit Charlottenburg vereinigt werden. Der „Verein Berliner Droschkenkutscher" war nämlich vor einiger Zeit beim Gemeindevorstand von Wilmersdorf wegen Anlage eines Brunnens an der Ecke der Nürnberger- und Augsburgerstraße vorstellig geworden, da diese Gegend zu Wilmersdorf gehört. Darauf ist jetzt ein Antwortschreiben eingegangen, in welchem der Gemeindevorstand den Verein dahin bescheidet, daß der fragliche Ortstheil in allernächster Zeit in Charlottenburg eingemeindet werden soll, weshalb es dem Verein anheimgestellt wird, den Antrag seinerzeit in Charlottenburg zu wiederholen.

Eine elektrische Bahn von Erkner über Woltersdorf nach Kalkberge-Rüdersdorf will die Berliner Elektrizitätsfirma Wandrußka u. Co. erbauen, und gleichzeitig die genannten Ortschaften mit elektrischer Beleuchtung und Kraft versorgen. Die Gesellschaft verlangt ein Privileg von 40 Jahren, nach dessen Ablauf die Anlage in den Besitz der Gemeinden übergeht.

Einen Todschlag hat in Adlershof der Färber Gorlich an seinem Kollegen Kikerow verübt. Die beiden Arbeiter, welche in der Färberei von Spindler in Spindlersfeld beschäftigt sind, hatten in einer Kneipe in Adlershof gehörig gezecht. Auf dem Heimwege sind sie, wie ein hiesiges Blatt berichtet, in Streit gerathen, in dessen Verlauf Gorlich den Kikerow so wuchtig zu Boden schlug, daß er ihm die Wirbelsäule zerschmetterte. Darauf ergriff der Unhold noch sein Beil, welches er von der Arbeit mit sich führte, und brachte dem bewußtlos auf dem Boden liegenden Gorlich mehrere Hiebe bei, sodaß dieser auf der Stelle unter den Streichen starb. Nach der That irrte Gorlich umher, und als er ergriffen wurde, stellte er sich wahnsinnig. Er ist in das Amtsgefängniß zu Köpenick eingeliefert worden.

Gerichts-Zeitung.

Eine wissentlich falsche Anschuldigung wurde dem Schreiber Heinr. Günner zur Last gelegt, welcher gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stand. In der Nacht zum 20. September v. J. hatte der Schutzmann Dähmlow den Angeklagten in betrunkenem Zustande auf der Straße getroffen und ihm geholfen, das Haus in der Strelitzerstraße, in welchem Günner's Wohnung sich befand, zu erreichen. Der Schutzmann geleitete den Angetrunkenen bis zur Treppe und verließ dann das Haus. Kurze Zeit darauf erschien der Angeklagte auf der Wache und behauptete, daß der Schutzmann ihn auf dem dunklen Hausflur unsittlich berührt habe. Man legte dieser Bezichtigung des Angeklagten seines Zustandes wegen kein Gewicht bei. Zwei Tage später wiederholte der Angeklagte aber diese Bezichtigung in einer schriftlichen Anzeige an das Polizeipräsidium. Dies führte zu obiger Anklage. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten, da der Gerichtshof annahm, daß der Angeklagte unter allen Umständen die schriftliche Anzeige wider besseres Wissen erstattet hatte.

Unter der Anklage der Beihilfe zum schweren Diebstahl und der Begünstigung stand gestern der Kaufmann Arthur Schmidt vor der ersten Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Am 8. Juni d. J. wurde bei den Rixdorf'schen Eheleuten in der Pappel-Allee ein Einbruchsdiebstahl verübt, wobei den Dieben Werthpapiere zum Gesammtbetrage von etwa 20 000 Mark in die Hände gefallen waren. Sämmtlichen Bankiers wurde sofort ein Verzeichniß der gestohlenen Papiere zugeschickt, mit der Anweisung, den Verkäufer, falls sich ein solcher einstellen sollte, anzuhalten. Am 10. Juni besuchte ein Mann das Fränkel'sche Bankgeschäft in der Roßstraße. Er legte mexikanische und russische Werthpapiere vor und bat, ihm dafür baares Geld zu geben. Er wies sich dabei durch einen Kaufvertrag als den Besitzer der Papiere aus. Der Bankbeamte zahlte dem Kunden 750 M. für die Papiere aus. Kaum war der letztere zur Thür hinaus, als dem Bankbeamten die Tags vorher zugegangene polizeiliche Anzeige einfiel. Er prüfte das Verzeichniß und er sah daraus, daß die soeben gekauften Papiere zu den gestohlenen gehörten. Schnell wurde die Verfolgung des Verkäufers aufgenommen und dieser noch angehalten, als er soeben eine an der nächsten Straßenecke haltende Droschke besteigen wollte. Der Festgenommene war der Angeklagte. Auf der Polizei gab er an, daß er die Papiere von einem gewissen Bütow erhalten habe, um sie zu verkaufen. Der Genannte wurde leicht ermittelt. Als die Beamten in dessen Wohnung erschienen, um ihn zu verhaften, jagte Bütow sich eine Kugel in die Schläfe und verstarb sofort. Im Termine behauptete der Angeklagte, daß er den Bütow erst am Abende des 9. Juni in einer Restauration kennen gelernt und keine Ahnung davon gehabt habe, daß die Papiere, um deren Verkauf Bütow ihn ersuchte, auf eine unehrliche Weise erworben seien. Der Staatsanwalt hielt diese Darstellung mit der ganzen Sachlage unvereinbar. Wenn der Angeklagte ein gutes Gewissen gehabt hätte, würde er mit der Droschke vor das Fränkel'sche Bankgeschäft vorgefahren und von dort wieder abgefahren sein. Für die Schuld des Angeklagten sprächen auch die widersprechenden Angaben, die derselbe über den Erwerb der Papiere gemacht. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten wenigstens der Hehlerei und Begünstigung für überführt und beantragte gegen ihn 9 Monate Gefängniß und zweijährigen Ehrverlust. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage.

Zur Warnung für Ladeninhaber, welche in ihren Geschäften die Einrichtung der Zahlzettel eingeführt haben, kann eine Verhandlung dienen, welche gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I gegen die Kassirerin Hedwig Richter stattfand. Die Angeklagte hat sich während der Monate April und Mai d. J. in den Diensten des Schlächtermeisters Zimmermann befunden. Ihre Obliegenheit bestand im Wesentlichen darin, die Zahlzettel, welche den Käufern von den Verkäuferinnen eingehändigt wurden, sowie den darauf bezeichneten Betrag in Empfang zu nehmen. Auf einem Block hatte sie Nummer und Betrag des ihr übergebenen Zettels einzutragen, so daß am Abende die Gesammtsumme der eingegangenen Zettel mit ihrer Aufstellung übereinstimmen mußte. Nun hat die Angeklagte ihren Prinzipal fortgesetzt dadurch geschädigt, daß sie mittels Gummi die Zahlen auf den ihr übergebenen Zetteln ausradirte und sie durch kleinere ersetzte. Dementsprechend machte sie dann ihre Aufstellung. Sie soll auf diese Weise gegen 300 M. für sich erbeutet haben. Der Gerichtshof verurtheilte die bereits vorbestrafte Angeklagte zu einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten.

Ein netter Heirathskandidat. Der Schuhmachermeister Johann Wiesbar, welcher sich gestern vor der dritten Ferienstrafkammer des Landgerichts I wegen Betruges zu verantworten hatte, hatte im Anfange des Jahres 1898 seine vierte Frau dadurch verloren, daß sie ihn verlassen hatte. Er suchte nun durch die Zeitungen eine Wirthschafterin. Die unverehelichte P., ein älteres Mädchen, bewarb sich um die Stellung und wurde angenommen. Wie sie angiebt, hat der Angeklagte ihr sofort einen Heirathsantrag gemacht, der Scheidungstermin mit seiner Ehefrau sei bereits anberaumt, drei Wochen später sollte die Hochzeit sein. Einige Tage darauf habe der Angeklagte sie gefragt, ob sie denn gar nicht ein wenig gespart habe, eine völlig mittellose Frau könne er nicht gebrauchen. Sie habe erwidert, daß sie außer 100 Mark baar und einem Sparkassenbuch über 150 M. eine Darlehnsforderung an ihren Bruder besitze. „Sofort kündigen", habe der Angeklagte erwidert; „wenn wir heirathen wollen, müssen wir auch Geld haben. Sie habe die Forderung darauf gekündigt. Der Angeklagte habe ihr dann nach und nach alle Ersparnisse abgeschwindelt. Im Mai 1896 habe sie zufällig einige Briefe gefunden, aus deren Inhalt hervorging, daß Wiesbar durch die Zeitungen eine andere Frau suchte. Nun sei es ihr klar geworden, daß sie in betrügerischer Weise ausgebeutet worden sei, sie habe den Angeklagten verlassen. Ihre Ersparnisse habe sie nicht zurückerhalten können. Das Schöffengericht, vor welchem der Angeklagte vom Rechtsanwalt Dr. Schoeps vertheidigt wurde, sprach den Angeklagten frei, weil der Zeugin P. nicht voller Glauben geschenkt werden könne. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und beantragte im gestrigen Termin gegen den Angeklagten, den er für völlig überführt hielt, eine Gefängnißstrafe von sechs Monaten. Der Gerichtshof hatte ebenfalls kein Bedenken, der Zeugin P. Glauben zu schenken. Das Verhalten des Angeklagten sei niedrig und ehrlos; es sei deshalb auf Gefängnißstrafe von einem Jahre und zweijährigen Ehrverlust erkannt worden. Der Angeklagte wurde sofort in Haft genommen.

Zu unserem Gerichtsbericht in der Sonnabend-Nummer über die Verhandlung gegen den Arbeiter Mattern wird uns nachträglich bekannt gegeben, daß die Darstellung, als ob die Frau Gimmelt an dem Abend, wo der Exzeß stattfand, angetrunken war, unrichtig ist. Die Frau sowohl als ihr Mann wurden von dem Angeklagten Mattern in schwerer Weise ohne jede Veranlassung verletzt und in anbetracht dieses Umstandes hat auch das Gericht auf eine so hohe Strafe gegen den Rowdy erkannt.

Unternehmer-Verbände.

Der Beirath des **Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats** hat in seiner letzten Sitzung zu Essen mit großer Mehrheit beschlossen, die Richtpreise, d. h. diejenigen Preise, auf grund deren der Vorstand die Verkaufspreise regelt und festsetzt, für das Geschäftsjahr vom 1. April 1899 bis dahin 1900, mit Ausnahme des Preises für Kokeskohlen, der jüngst bereits eine Erhöhung von 50 Pf. für die Tonne erfahren hat, ebenfalls um 50 Pf. für die Tonne zu erhöhen. Der Vorstand hatte nur eine Erhöhung um 25 Pf. beantragt. Das Verlangen des Vorsitzenden des Beiraths, es sollten Anträge auf Abänderung der Richtpreise nur dann zulässig sein, wenn der Vorstand des Syndikats seine Zustimmung gegeben habe, wurde abgelehnt. Die Herren Zechenbesitzer wollen sich nicht binden, sondern keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um von der guten Geschäftslage in immer steigendem Maße zu profitiren. Den Arbeitern aber, die unter steter Lebensgefahr das schwarze Gold aus den Tiefen der Erde scharren müssen, muthen dieselben Leute zu, Jahr für Jahr mit einem Lohne vorlieb zu nehmen, den selbst die amtlichen Statistiker nicht als reichlich zu bezeichnen vermögen.

Das amerikanische Nähfaden-Syndikat, das mit einem Gesammtkapital von 18 Millionen Dollars begründet wurde, steht unter dem hervorragenden Einflusse des englischen Nähfaden-Trusts. Beide Vereinigungen sollen, wie die „Kölnische Zeitung" mittheilt, thatsächlich im stande sein, den Nähfaden-Handel der ganzen Welt zu kontrolliren und jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten.

Soziales.

Ueber das Erlöschen des Antipyrin-Patentes wird uns geschrieben:

Antipyrin ist ein neueres Heilmittel, das seit einigen Jahren bei fieberhaften Affektionen von den Aerzten sehr häufig verschrieben und auch von vielen Patienten gegen Kopfschmerz, Influenza u. dgl. ohne ärztliche Verordnung gebraucht wird. Seine Verwendung war bisher durch seinen hohen Preis auch in der Krankenkassenpraxis vielfach beschränkt. Nicht daß seine Herstellung sehr kostspielig wäre; aber seine Herstellung hatten sich die Höchster Farbwerke, vorm. Meister, Lucius u. Brüning, durch Patent allein und ausschließlich gesichert. Für sie wurde dieses Patent zu einer Goldgrube, es trug wesentlich dazu bei, den Aktionären der Gesellschaft in den letzten Jahren stets eine Dividende von 27—28 pCt. zu verschaffen, außer sehr reichlichen Bemessungen für Direktoren, Aufsichtsräthe u. s. w. Dieses Patent ist endlich am 27. dieses Monats erloschen und die Fabrikation des Antipyrin seitdem frei. Das hat die Höchster Farbwerke veranlaßt, den Preis, den sie bisher ziemlich konstant auf 105 M. pro 1 Kilogramm gehalten hatten, auf 29,75 M. herabzusetzen. Man kann daraus ermessen, was dieses Patent der Fabrik bei den tausenden von Kilo, die jährlich davon fabrizirt wurden, im Laufe der Zeit eingebracht hat. Nun meint man wohl, wird das Mittel für die Patienten und Kassen billiger. O nein! Der Preis für Medikamente wird in Deutschland jährlich von den Regierungen durch eine Taxe festgesetzt und zwar stets zu Beginn des Jahres. Etwaige Preisermäßigungen werden immer erst zu Beginn eines neuen Jahres von der Regierung durch entsprechende Herabsetzung in der Taxe zum Ausdruck gebracht. Ausnahmsweise hat sie wohl bei im Laufe des Jahres eingetretener wesentlicher Preissteigerung eines Medikaments die Taxe auch in der Zwischenzeit entsprechend erhöht; eine Herabsetzung bei Verbilligung von Arzneistoffen hat aber in Preußen im Laufe des Jahres noch nicht stattgefunden. Sache der Krankenkassen wird nun sein, hier auf eine baldige Taxermäßigung zu dringen, unbeirrt durch das Geschrei der Apotheker, daß sie noch theure Vorräthe hätten, was gewiß nur wenig der Fall sein wird; denn in der pharmazeutischen Fachblättern ist schon seit Monaten auf den zu erwartenden Preisfall des Antipyrin aufmerksam gemacht und vor Anschaffung größerer Vorräthe gewarnt worden. Rühren sich die Krankenkassen nicht in dieser Beziehung, so müssen sie noch ein halbes Jahr den mehr als dreifachen Preis für dies Medikament den Apothekern bezahlen, die den Kassen sonst so wenig entgegenkommen, obwohl sie von denselben den größten Nutzen haben.

Arbeiter-Risiko. In der Teppichreinigungs-Anstalt „Pura" in Leipzig wurden durch Explosion eines Apparats, der zur Tödtung der Motten bestimmt war, 3 Arbeiter schwer und 3 andere leicht verletzt.

In einem neuen Schachte der Lintorfer Erzbergwerke erstickten zwei Bergleute durch Einathmen giftiger Gase. Die Leichen konnten erst nach längerer Zeit gefunden werden.

Bei der Reinigung eines alten Straßenkanals in dem Wiener Vorort Unter-Meidling kamen zwei Arbeiter durch giftige Gase ums Leben und vier wurden in bewußtlosem Zustande zu Tage gefördert. Gegen den Kanalräumermeister, in dessen Diensten die Arbeiter standen, und gegen seinen Geschäftsführer ist das Strafverfahren eingeleitet worden, weil sie die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln versäumt haben.

Durch Zerspringen eines Gasometers erlitten in der Fabrik von Bourgeois u. Co. in Bonbourg in Nordfrankreich fünf Arbeiter schwere Verwundungen.

Aus den ostelbischen Gefilden. Vor uns liegt ein ärztliches Attest, in welchem bescheinigt wird, daß der Schweizer H. aus Paaris bei Korschen, Kreis Rastenburg in Ostpreußen, an seinem Körper eine Reihe von Verwundungen aufzuweisen hatte. H. giebt an, daß ihm diese von seinem Dienstherrn Dräger bei einem Streit, den er mit ihm hatte, beigebracht worden seien.

H. hat 3 Jahre lang in den Diensten Dräger's gestanden. Er habe als Schweizer 18 Kühe, 10 Ochsen und 2 Bullen zu versorgen gehabt. Die Kühe habe er täglich dreimal melken müssen, sodaß er manchen Tag 250—300 Liter Milch versandtbereit zu machen hatte. Seine Arbeitszeit währte von morgens 2 bis abends 10 Uhr. Der Lohn für seine schwere Arbeit betrug 16 M. pro Monat, wovon er eine kranke Frau und vier Kinder zu ernähren hatte. Die Wohnung der H.'schen Familie ist ein stallähnliches Loch mit Erhöhungen und Vertiefungen von so großem Umfange, daß unter die Möbel große Steine gelegt werden mußten, um sie nicht zum Umfallen kommen zu lassen. Am 28. Juni dieses Jahres gerieth nun die Frau Dräger mit der Ehefrau des H. in Streit. H. verbat sich die Schimpfereien, wobei er mit dem hinzukommenden Dräger aneinandergerieth. Es kam zu Thätlichkeiten, bei welchen H., der ein ziemlich schwächlicher Mann ist, von den Eheleuten Dräger die im Attest bestätigten Verwundungen erhalten haben will. Als nun H. am Nachmittag der Arbeit fern blieb, lief sein „Herr" zum Amtsvorsteher und zeigte ihn wegen angeblicher Gehorsamsverweigerung an. Der Herr Amtsvorsteher verurtheilte H. zu 10 M. oder 2 Tagen Haft. H. mußte die zwei Tage Haft absitzen und wurde dann vom Gemeindediener seinem Herrn zugeführt. Seine Weigerung, zur Arbeit zurückzukehren, mußte er abermals mit einem Tag Haft büßen. Inzwischen hatte H.'s Frau alles Verkaufbare aus der ärmlichen Wirthschaft verkauft und die Familie mußte, um dieser ungastlichen Stätte zu entgehen, um Mitternacht, unter Zurücklassung ihrer auf dem Felde stehenden Aussaat, heimlich entfliehen. Erwähnt sei noch, daß H. Schwierigkeiten hatte, das Attest von einem Arzte zu erhalten.

Bei derartigen Vorkommnissen wundern sich diese Leute noch über die „Leutenoth" in ihrem ostelbischen Junkerparadies.

Versammlungen.

In der Versammlung der Dekateure (Filiale III), die am 20. Juli im Englischen Garten stattfand, giebt der Kassirer den Kassenbericht. Der Einnahme von 157,85 M. steht eine Ausgabe von 118,48 M. gegenüber. An Arbeitslosen-Unterstützung sind im I. Quartal 92,65 M., im II. Quartal 123,15 M. verausgabt worden. Dem Kassirer wird Decharge ertheilt. Einem bedürftigen Mitgliede werden 25 M. Unterstützung gewährt. Die Mitgliederzahl beträgt 153.

Verband der Bau-, Erd- u. s. w. Hilfsarbeiter. In der Versammlung der Filiale III wurde nach einem Vortrag von Bruno Pörsch beschlossen, zwei verunglückte Mitglieder mit 20 M. zu unterstützen. Dem Kassirer werden 20 M. Mankogelder bewilligt. Eine Streitangelegenheit Broose-Gürner wird dem Vorstande zur Regelung überwiesen.

Die Filiale „Nord" des Verbandes der Tapezierer hielt am 25. Juli ihre Generalversammlung ab. Zum Bericht des Vorstandes wird mitgetheilt, daß im verflossenen Quartal 55 neue Mitglieder eingetreten sind gegen 130 im vorhergehenden. Die Filiale „Nord" zählt jetzt 308 Mitglieder, die Filiale „Süden" gegen 400, so daß im ganzen 700 Tapezierer organisirt sind, was 80 pCt. der im Berliner Tapeziergewerbe Thätigen ausmacht. Für die Bibliothek sind 50 neue Bände angeschafft worden. Der Kassirer gab den Kassenbericht. Danach betrugen die Gesammteinnahmen des Ortes 260,50 M., ab ½ für die Hauptkasse in Hamburg 130,25 M., bleibt für die Filiale 130,25 M., dazu Bestand vom vorigen Quartal 88,22 M. = 218,47 M., demgegenüber steht eine Ausgabe von 143,18 M., mithin Bestand 75,20 M. Auf Antrag des Revisors wird der Kassirer entlastet. Danach werden die Kollegen Klahn zum zweiten Bevollmächtigten und Kretzsel zum zweiten Revisor gewählt.

Die Bauhandwerker-Krankenkasse hatte, wie in der letzten Generalversammlung vom Kassirer berichtet wurde, im 2. Quartal eine Einnahme von 15 440,98 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 12 261,09 M. gegenüberstand. Der Reservefonds beträgt 36 000 M., das Gesammtvermögen 39 179,89 M., die Mitgliederzahl 1782.

Verein selbständiger Fensterputzer. Heute Abend 8 Uhr, Alte Jakobstr. 54/55 bei Mehrwald: Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

R. R. R. Der Erfinder der neuen Glühstrümpfe, an denen sich das Leuchtgas von selber entzündet, ist Herr Hermann Tessel, Tempelherrenstr. 7. Der Preis des neuen Glühkörpers beträgt 1 M. 25 Pf.

Ziegenhals. Antwort wahrscheinlich schon erfolgt. Bitte, die Fragen zu wiederholen.

R. R. 100. Wenden Sie sich an Loch u. Bein, Ritterstraße.

H. G. Bei Auflösung der Kasse „Auszahlung des noch vorhandenen Vermögens an die Mitglieder".

W. J. 1. Sie müssen spätestens am 2. August die Revision beim Landgericht eingelegt haben. Nach der Zustellung des Urtheils, die dann erst erfolgt, müssen Sie innerhalb einer Woche die Revision zu Protokoll des Gerichtsschreibers oder durch einen Anwalt rechtfertigen lassen. 2. Fünf Jahre. 3. Nein.

R. S., Liegnitzerstr. 1. H. Königs, S., Dieffenbachstr. 30. 2. Anfang Oktober. 3. Uns nicht bekannt. 4. Sie würden sich strafbar machen.

W. T., Blumenstraße. Das Berliner Gewerbegericht besteht seit sechs Jahren. Mit Schluß dieses Jahres scheidet das letzte Drittel der bei der ersten Wahl gewählten Beisitzer aus. — Die Benennungen „Sozialdemokraten" und „Sozialisten" in den verschiedenen Ländern lassen sich schwerlich auf besondere geschichtliche Ursachen zurückführen. Hier spielt der Zufall seine Rolle.

F. S. R. Für den Selbstunterricht in der französischen Sprache eignen sich die Unterrichtsbriefe von Toussaint-Langenscheidt (36 Briefe à 1 M., komplet 27 M.) Warum soll es nicht zweckmäßig sein, an dem Unterricht in der Fortbildungsschule theilzunehmen?

K. 97. Um Urban von 3—4 nachm.

K. 100. Eine feste Begrenzung der Arbeitszeit, also eine Maximalarbeitszeit für junge Leute unter 16 Jahren, besteht nicht für Handlungsgeschäfte, sondern nur für Fabriken. Es dürfen Kinder unter 14 Jahren täglich höchstens 6, junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren täglich höchstens 10 Stunden in Fabriken beschäftigt werden. Indessen ist bei einem Mangel fest umgrenzter Arbeitszeit der Chef doch nicht berechtigt, seine jugendlichen Lehrlinge schrankenlos zu beschäftigen. Das seit Beginn dieses Jahres in Kraft getretene Handelsgesetzbuch legt in §§ 76 und 62 dem Prinzipal die Pflicht auf, auch die „Arbeitszeit" so zu regeln, daß der Gehilfe und Lehrling gegen eine Gefährdung seiner Gesundheit geschützt ist, und bedroht im § 82 die Nichterfüllung dieser Pflicht mit Geldstrafe bis zu 150 Mark. Die Beschäftigung eines 15jährigen Lehrmädchens von morgens 8 bis abends 10 Uhr mit 1½stündiger Pause ist als eine die Gesundheit des Kindes gefährdende zu erachten. Verlangen Sie unter Hinweis hierauf — eventuell nach Rücksprache mit einem Arzt — eine andere Regelung der Arbeitszeit; auf die Möglichkeit einer Bestrafung des Chefs dürfen Sie aber hierbei nicht hinweisen, weil die Rechtsprechung aus solchem Hinweis etwas Strafbares konstruiren könnte. — **L. 90.** 1. Ja. 2. Nein.

Eingelaufene Druckschriften.

„Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik." Das neueste Doppelheft dieser nunmehr im 11. Jahrgang erscheinenden von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen Zeitschrift (Berlin, Carl Heymann's Verlag) hat folgenden Inhalt: Abhandlungen: Der sozialpolitische Inhalt der Zivilprozeßnovelle. Von Hermann Jastrow, Amtsgerichtsrath in Berlin. — Der Ausstand der englischen Maschinenbauer. Von Clement Edwards in London. — Die Statistik der Unfall- und Krankenversicherung der Arbeiter in Oesterreich für die Jahre 1890 bis 1895. Von Prof. Dr. Heinrich Rauchberg in Prag. — Die Gewerkvereine der Vereinigten Staaten. Von Alzina Parsons Stevens, President Chicago Working Women's Council, in Chicago. — Gesetzgebung: Italien. Das neue italienische Gesetz betr. die Betriebsunfälle der Arbeiter. Eingeleitet von Prof. Carlo F. Ferraris in Padua. — Wortlaut des Gesetzes die Betriebsunfälle der Arbeiter betreffend vom 17. März 1898 Nr. 80. — Vereinigte Staaten von Amerika. Drei Entscheidungen Oberster Gerichte über den gesetzlichen Arbeitstag in den Vereinigten Staaten. Von Florence Kelley in Chicago. — Wortlaut der Entscheidung des Obersten Bundesgerichts vom 28. Februar 1898. — Miszellen: Die österreichische Gewerbe-Inspektion im Jahre 1897. Von Prof. Dr. Ernst Mischler in Graz. — Die englische Fabrikinspektion im Jahre 1896. Von F. W. Galton in London. — Literatur: Barth, Dr. Paul, Die Philosophie der Geschichte als Soziologie; erster Theil und kritische Uebersicht. Besprochen von Conrad Schmidt in Berlin-Charlottenburg. — Unger, Dr. Emil, Magistratsassessor, Entscheidungen des Gewerbegerichts zu Berlin unter Berücksichtigung der Praxis anderer deutscher Gerichte. Besprochen von M. v. Schulz in Berlin.

Witterungsübersicht vom 1. August 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	760	W	3	bedeckt	14	Haparanda	750	N	1	Regen	12
Hamburg	762	W	4	hlb. bed.	15	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	762	W	4	bedeckt	15	Cork	768	S	2	hlb. bed.	18
Wiesbaden	766	N	1	wolkenl.	11	Aberdeen	760	W	1	heiter	17
München	767	SO	1	wolkenl.	13	Paris	766	NO	2	hlb. bed.	14
Wien	766	W	2	Gewitt.	13						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 2. August 1898.
Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 2. August.

Neues Opern-Theater (Kroll). Die Stumme von Portici. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Momentaufnahmen. Vorher: Frage an das Schicksal. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Der Unterpräfekt. Vorher: Im Negligé. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Positillon von Lonjumeau. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Kean, oder: Genie und Leidenschaft. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Er muß aufs Land. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 139.
Cyclus beliebter Volksschauspiele.
Kean
oder
Genie und Leidenschaft.
Schauspiel in 5 Akten, frei nach dem Französischen des Alex. Dumas von Ludw. Barnay.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets, auch die bereits ausgegebenen, behalten Gültigkeit.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Donnerstag: Hero und Leander.
Freitag: Am Altar. Sonnabend: Kean.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Neues Programm! Geschw. Petram. Theater Fantoche. Deta Waldau, Bravour-Soubrette. Max Grabow, Tanzkomiker. Rudo Krödl, Equilibrist. The two Terras, Gymnastiker an eisernen Ketten. Jörgensen, Mimiker.
Anfang 5½ Uhr. Passepartouts haben Gültigkeit.
Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest und Benefiz für Herrn Lück.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater
Chausseestr. 25/26.
Abends 8 Uhr: Gesammt-Gastspiel der Schauspieler-Gesellschaft
Die Liliputaner.
(Direktion: Karl u. Theodor Rosenfeld.)
Zum 14. Male:
Zwei Tage Millionär.
Großes Ausstattungsstück mit Gesang und Ballet in 11 Bildern von Robert Breitenbach.
Musik komponirt und arrangirt von Viktor Holländer.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Vorzugsbillets und freier Eintritt ungiltig.
Vorverkauf täglich von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend und Sonntag nachmittag 4 Uhr und abends 8 Uhr: Zwei Tage Millionär.
Kinder zahlen Nachmittags die Hälfte.
Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Donnerstag: 3. Gr. Schönheits-Konkurrenz. Preis: Eine seidene Robe.

Pahlmann's
Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
O diese Radler!
Possen-Burleske v. O. Victor-Roeder.
Auftreten d. gesammten neu engagirten
Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Anf. d. Konz. 4½, d. Vorst. 5½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's
INDIEN
Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.
Schweizer Garten.
Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3—6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4½ Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Entree 30 Pf.
Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Etablissement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Max Kliem's Sommer-Theater,
Hasenhaide 14/15. — Artistischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
The Oura's. — Miss Alice, Jongleuse auf rollender Kugel. — Pepi und Pepino. — The Picardi's. — Carl Gursch, Tanzkomiker. — Minni Estera, Kostüm-Soubrette. — Paul Frey, Humorist. — Franziska Wünsch, Operettensängerin. — Prof. Cuno's Katzen-Zirkus. — Neu! Junge oder Mädchen, Gesangsposse in 1 Akt von Suchow. — Neu! Du ahnst es nicht, Schwank in 1 Akt von Reichardt.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung: Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: Grosser Ball.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Max Kliem.

Bekanntmachung!
Den Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das Lokal
Apollo-Theater-Garten
(Viktoria-Säle)
Hermannstr. 48/50 **Rixdorf** Hermannstr. 48/50
in Vertretung übernommen habe und halte mich den Genossen und Vereinen bestens empfohlen.
Philipp Thomas,
Gastwirth.
Rixdorf.

Apollo-Theater-Garten
Hermannstraße 48/50. **Rixdorf.** Hermannstraße 48/50.
Artistische Leitung: S. Bertini.
Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saale statt.
Sonntag, den 31. Juli 1898, 4 Uhr nachmittags, sowie Montag, den 1. und Donnerstag, den 4. August, 5½ Uhr nachmittags:
Gr. Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Großes Konzert, ausgeführt von der Schwarz'schen Kapelle.
Neu! Vollständig neues Künstlerpersonal, noch nie in Rixdorf aufgetreten. Neu!
Neu! Erstes Auftreten der berühmten akrobatischen Kontorsionisten The Wendini's (1 Herr, 1 Dame) Neu!
Neu! Erstes Auftreten der vorzüglichen Excentriques The Two Theras. Neu!
Neu! Erstes Auftreten von Charles Rewelly, ausgezeichnete Leistungen an den Lyra-Apparaten und am Trapez. Neu!
Neu! Mr. Alcion, großartiger Lawinenstürzer. Neu!
Neu! Erstes Auftreten der bekannten Soubrette Frl. Betty Belloni, sowie des Tanzkomikers Herrn Max Grabow. Neu!
Wieder ein Riesenprogramm! Neu und abwechselnd, sehen und bewundern!
Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saale statt.
Im Saal von 4 Uhr an: Grosser Ball.
Im Vorgarten von 4—6 Uhr: Frei-Konzert.
Entree 15 Pf. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
Nächste Vorstellungen finden Montag und Donnerstag bestimmt statt.
Philipp Thomas, Gastwirth.
56612*

Castan's Panopticum.
Neu!! Major Graf Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Passage-Panopticum.

Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Fahrt auf dem Golf von Neapel.
Fahrt durch Konstantinopel.
Neu! Alpenglühen.

Apollo-Theater.
Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle
und
Vollständig neues Spezialität.-Programm.
10 Debuts.
Vor der Vorstellung: Gr. Garten-Konzert. Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets à 1 Mark
(siehe Plakate).
Großartiges, stets wechselndes Programm!

Für 36 Mark
fertige feine Anzüge nach Maaß, für 30 M. ff. Sommerpaletots nach Maaß, für 8—12 M. feine Hosen nach Maaß.
Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden

Prater-Theater,
Kastanien-Allee 7/9.
„Friede auf Erden". Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Abth. von Hugo Schulz. Musik v. A. Kersten. Berg-Trio, türkisch-gymnastisches Potpourri. The 3 Forleys, chinesische Excentrics. Gebr. Milardo, Grotesque-Duettisten. Elly Viola, Kostümsoubrette. Mr. Ranolfa, Kautschukmensch. Max Theo, Handequilibrist. Jan and Jim, Knockabouts. Morleys, Fata Morgana. Ballet.
Konzert und Ball. — Anf. 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Eine Verlobung beim Frühschoppen.
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

Reichshallen-Garten-Theater.
Leipzigerstr. 77.
Neues Programm!
Familie Trapnell!
Francis Wilson!
Ferner „Punch", das
sprechende Pferd
und außerdem täglich um 9½ Uhr:
Berlin auf Stelzen!
von W. Agoston und K. Wilhelm.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familien-Vorzugskarten gültig.
Bei ungünstiger Witterung im grossen Theatersaal.

W. Hoack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Berlin, wie's lebt und liebt.
Posse mit Gesang in 5 Bildern von R. Linderer u. J. Seitz.
Musik von Hübner-Trams.
Vorher:
Theodora.
Schwank in 1 Akt von Höppner.
Auftreten von Spezialitäten.
Im Saal: Tanzkränzchen.

Ostbahn-Park.
Am Küstriner Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saale statt.
Meine neuerbauten Festsäle stehen Vereinen zur Verfügung.

Möbel auf Theilzahlung
J. Kellermann,
Neue Jakobstr. 26.

Brauerei-Ausschank
der **Victoria-Brauerei, Stralau.**
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: Großes Garten-Konzert und im elektrisch erleuchteten Riesensaale: Grosser Ball.
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen.
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
Karl Mittag, Oekonom.
53611*

Oranien-Hallen
Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: Hermann Scholze 56562*
empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: Frei-Konzert.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag: Schon Dienstag:

Norddeutsche Sänger
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Achtung! Vereine!
Vereinshaus „Süd-Ost"
Waldemarstr. 75.
Im August u. September sind noch einige Sonnabende unter koulant. Bedingungen zu vergeb.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Portièren, Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Regulatoren, Remontoir-Uhren, Reisekoffer, Operngläser spottb. Pfandlethe, Neanderstr. 6.

4½ Pfd. Brot 50 Pfg.
liefert [50403*
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelstr. 8. Langest. 26.
Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfd. (größere zum Reißen). Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50, füllfertiger Gänseflaum M. 2.00, bessere daunige Waare M. 2.50, 3.00, beste schneeweiße M. 3.50, russische Daunen M. 3.50, weiße böhm. Daunen M. 5.00, gerissene Federn M. 1.50, 2.00, 3.50. Prima gerissene M. 3.00, 3.50. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46a.
Erste Bettfedernfabrik m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

1. Berliner Lehranstalt für
Elektrotechnik.
In den neuen Lehrsälen Oranienstrasse 51, Quergebäude III. und IV. Etage beginnen neue Abendkurse. 5672L*
Gewissenhafter und leicht fasslicher Unterricht.
Anmeldungen sowie Auskunft wird ertheilt abends 7—8 Uhr, Sonntags 10—12 Uhr.
Die Direktion.

Fahrräder.
Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf 55762*
Theilzahlung
ohne Preiserhöhung zu den koulantesten Zahlungsbedingungen.
Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Fahrrad, gebr., billig zu verkauf., Weißfessel, Ruppinerstr. 15, IV. 2375

Fahrrad, sehr gut erhalten, für 90 M. zu verkaufen
Mirass, Wißmannstr. 24, I.

Selterwasserfabrik
(Gelegenheitskauf) besonderer Umstände wegen sofort mit Kundschaft 2c. verkäuflich. Anfragen sub A. 5 a. d. Exp. d. Bl.

Specialärztl. Institut
Dr. B. Lasker
42 Alexanderstr. 42
(am Alexanderplatz).
Spec. operationsloses Heil-Verfahren ohne Berufsstörung für
Beinleiden.
Erprobte Methoden bei Flechten, Lupus und anderen
Hautleiden.
Tägl. 9—12, 3—6. Freitag und Sonntag 9—12.

Brauerei Pichelsdorf

bei Spandau.

Verbindung von Spandau: Elektr. Bahn und Dampfer.

Sonntag, den 7. August 1898:

Grosses Sänger-Fest

arrangirt vom

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.

Sänger-Festzug — 200 Gesangvereine. **Volksbelustigung aller Art.**

Massen-Gesänge — 4 Musik-Kapellen. **Grosser Tanz.**

Bei eintretender Dunkelheit elektr. Beleuchtung des ganzen Etablissements.

4 große Kaffeeküchen stehen den verehrten Damen von früh 7 Uhr ab zur Verfügung.

Anfang des Konzerts 8 Uhr früh, des Gesangs 3 Uhr nachmittags.

Billets à 20 Pfennig.

Programme — Liedertexte — an der Kontrolle.

Fahrplan für Berlin-Spandau siehe Rückseite des Billets.

Billets sind bei folgenden Vorstandsmitgliedern zu haben: **Ad. Neumann**, Restaurateur, Brunnenstraße 150; **Otto Rascho**, Zigarrengesch., Wrangelstr. 11; **Rob. Meyer**, Blumengesch., Mariannenstr. 2; **Ad. Hübner**, Wilhelmstraße 134, H. I, sowie bei sämmtlichen Vereinen resp. Mitgliedern des Bundes. 16/16

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.

General-Probe

am Donnerstag, den 4. August cr., abends präzise 8½ Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain.

Sämmtliche Vereine Berlins und naher Umgegend sind verpflichtet, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Die Mitglieder des Ausschusses werden ersucht, präzise 8 Uhr im Nebensaale zu einer kurzen Besprechung sich einfinden zu wollen.

Gäste haben zur General-Probe keinen Zutritt.

16/18 **Der Vorstand.**

Im Verlage der **Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg** ist soeben erschienen und von derselben zu beziehen:

Der

Neue Welt-Kalender

für 1899.

Dreiundzwanzigster Jahrgang. Reich illustrirt.

Preis 10 Pfennige.

Bei Einzelbezug erbitten wir Einsendung des Betrages in deutschen Briefmarken nebst 10 Pf. für Porto.

Inhalt:

Kalendarium — Postalisches. — Allerlei Statistik. — **Rückblick.** — **Messen und Märkte.** — Im Kreislauf des Jahres. — **Försier Ruhland.** Von Wilh. v. Polenz (mit Illustrationen). — **Anno 1849.** Aus der Schweizer Flüchtlingszeit. Von W. Liebknecht. — **Alte und neue Telegraphie.** Von Dr. B. Borchardt (mit Illustrationen). — Wiegenlied. Gedicht von Ludwig Lessen. — **Seine Waffen.** Von Franz Kahler (mit Illustrationen). — Proletariers Tod. Gedicht von Ludwig Lessen. — **Karl Grillenburger.** Von L. A. (mit Portrait). — **Ein Wunderwerk der Technik.** Die Eisenbahnbrücke bei Müngsten. Von A. G. (mit Illustr.) — **Fremd- und Lehnworte als Sprachbedürfniß.** Von L. Schönhoff. — Jetzt kommt er! Von Börge Janssen. — **Eleanor Marx.** Von W. Liebknecht (mit Portrait). — **Klondyke und die Goldsucher.** Von Max Schippel (mit Illustration.). — Die schlimmste Geschichte. Von Börge Janssen. — **Richtiges und Falsches in der Naturheilkunde.** — Von Dr. E. Schneider — **Der Kampf der englischen Maschinenbauer.** Von Hugo Poetzsch. — Wahrheit. Von Börge Janssen. — Schlagende Wetter. Gedicht von Scheim von Bremen. — Fliegende Blätter. — Für unsere Räthsellöser. — Auflösungen der Räthsel. — Trächtigkeits- und Brütekalender.

Hierzu vier Kupfer: Nach der Arbeit. — Heimathlos — Wirthshaus an der Landstraße. — Ein guter Tropfen, ein lustig Lied. — Ein farbiges Bild: Genesung. — Ein Wandkalender.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Vorwärts

Berlin S. W., Beuthstraße 2.

Stempel-Fabrik von Robert Hecht,

Berlin S., Oranienstr. 142,

liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.

Kautschuk-Typen „Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1.50 M.** an

---

Fahrräder!

nur erstklassig, verkauft zu äußerst niedrigen Preisen [5581S*

Fr. Stange, Oppelnerstr. 7 I.

Waschanstalt umständehalber zu verkaufen. Off. **„R. V."** a. Rudolf's Annoncen-Annahme Frankfurterstr. 36

Am 7. August erscheint: 242b

Freier Bund.

Weckrufe zum neuen Leben und Streben auf dem Gebiete der Arbeiter- und Volksbildungsvereine.

Dieses Flugblatt kann für alle derartigen Vereine zur Agitation benutzt werden. Einzelnummer 8 Pf. 10 Stck. 50 Pf. 100 Stck. 3 M. Wegen günstigerer Bedingungen wolle man sich wenden an **Otto Jansen, Leipzig**, Alexanderstr. 21.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiscourant.)

Eröffnung.

Habe eine **Verkaufsstelle Skalitzerstr. 47/48,** Ecke Görlitzerstraße, eröffnet für nur **Echte Thüringer- u. Braunschw. Fleisch- u. Wurstwaaren** zu allerbilligsten Preisen. 1585

Frische Wurst und gekochten Schinken vom **Hofschlächtermeister Schöning.** — **Butter** von nur prämiirten Molkereien Ostpreußens und Mecklenburgs per Pfd. 90, 100, 110 Pf. Letztere Butter befriedigt auch den verwöhntesten Geschmack. Alle Sorten **Käse** und pomm. **Landeier** zu billigst. Tagespreisen. **Margarine** zu Engrospr.

Richard Dahmer, **Engros-Lager: Dieffenbachstr. 58a.** Fernsprecher: Amt 4, No 49.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-6. **Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22.**

Werkstatts-Bekleidung **für jedes Gewerk** kauft man gut und billig bei [5517L*

Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.

Fordern Sie nur den vorzüglich schmeckenden

preisgekrönten dänischen Kautabak

aus der größten Tabaksfabrik Dänemarks **C. W. Obel, Aalborg** und **Kopenhagen.** — **General-Vertrieb für Berlin: Carl Röcker, Grüner Weg 8.** Telephon-Amt VII 3861. 5404B*

Direkt von Aachen!

der **ersten** Tuchfabrikstadt Deutschlands, versenden wir zu **bekannt** billigen Preisen **berühmte prämiirte Aachener** und andere **erstklassige** Stoffe zu

Anzügen, Paletots etc. in unübertroffe. Auswahl.

Tausende Empfehlungen und die stattliche nachweisbare Anzahl von ca. **30 000** Kunden beweisen unsere hervorrag. Leistungsfähigkeit.

Muster vom **Einfachsten** bis **Hochfeinsten franko** an jedermann.

Monopol-Cheviot unsere **berühmte** Spezialität, **echtfarbig, reinwollig, modern, 3 Meter** zum gediegenen Anzuge **12 Mark!** [23/17*

Wilkes & Cie., Tuch-Industrie, **Aachen** No. 78.

Deutsch. Porter

Dessert- u. Malzkraftbier 1. Rang Brauerei Burghalter, Potsdam gegr. 1736, best. f. Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. 2c. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., best. best. Gesichtsf. u. Gewichtszunahme. überr. 14 Flasch. drei. 50 zehn M. exkl. Ihr Geb. (1/4, 1/8, 1/16) z. Selbstabh. wesentl. bill. Allein. Versandth. f. Berlin u. Prov. Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152.** Nicht-Flaschenzahl — Qual. entscheid.

Fuhrgeschäft Julius Fröhlich, Müllerstr. 8, empfiehlt Kremser- u. Chaisen-Fuhrwerk zu soliden Preisen.

Arbeitsanzüge **W. Pahr** Brunnenstr. 112.

Sophastoffe auch **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [4971B*

Proben franko!

Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Wegen Räumung.

Gardinen und [5639B*

Stores,

crême und weiss, fabelhaft billig.

Gardinen-Lager

J. Adler, Teppichhaus

Spandauerstrasse 30, gegenüber dem Rathhause.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 2. August, abds. ½9 Uhr, in Habel's Brauerei-Ausschank. Bergmannstr. 5—7. 238/13

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über: „Welches ist die beste Form der Organisation für den Wahlverein?" 2. Sonstige Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimirt.

238/13 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).

Dienstag, den 2. August, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Brüder, Waldemarstr. 75:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den am 19. Juli vom Genossen Kotzke gehaltenen Vortrag: „Wahlbetrachtungen". 2. Vereinsangelegenheiten. [243/3*

Zahlreiches Erscheinen aller Genossen ist dringend nothwendig. Neue Mitglieder werden aufgenommen. **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, den 3. August, abends 8 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen.

Süden: bei Krieger, Wasserthorstraße 68.

Hierzu sind folgende Werkstätten eingeladen: Rose, Wasserthorstr. 46. Seidt, Gitschinerstr. 81. Prüffer u. Celina, Brandenburgstr. 19. Kettener, Neuenburgerstraße 25. Rubbert, Dresdenerstraße 88/89. Franke, Dresdenerstraße 88/89. Hordt, Gitschinerstraße 90. Lobs, Prinzessinnenstr. 24.

Sämmtliche in diesen Werkstätten beschäftigten Kollegen sind verpflichtet zu erscheinen. — Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Der Obmann des Bezirks ist der Kollege Kutschkau, Skalitzerstr. 133, 4 Treppen. Alle Differenzen sind daselbst zu melden.

Südosten: bei Rautenberg, Oranienstr. 180.

Tagesordnung: 1. Werkstellenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Osten und Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.

Tagesordnung: 1. Bericht der Obmänner. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Wie ist es möglich, diejenigen Kollegen, die in kleineren Werkstätten arbeiten und unserer Organisation fernstehen, zu gewinnen?

Hierzu sind die Kollegen der folgenden Werkstätten eingeladen: Kaßner, Pallisadenstr. 32. Arndt, Pallisadenstr. 11. Albrecht, Pallisadenstr. 22.

Die Bautischler sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:

Schwedterstraße 23 bei Wernau.

Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen der Werkstellen von Traxel, Ackerstr. 30; Döring, Ackerstr. 7; Dreuse, Ackerstr. 26; Kühn, Ackerstr. 25, sind hierzu eingeladen.

Wedding und Gesundbrunnen:

im **Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.**

Moabit: im Lokale Thurmstr. 84.

Modell- und Fabrik-Tischler

im „Vorstädtischen Kasino", Ackerstr. 144.

Tagesordnung: 1. Die wichtigsten Bestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung. 2. Der Leipziger Modelltischler-Streik. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß jede, **auch die kleinste** Werkstatt **vertreten** ist.

Die aus Leipzig hier anwesenden Modelltischler werden ersucht, sämmtlich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Modelltischlermeister Herr R. Hempel, Schönhauser Allee 141 a, ist zu dieser Versammlung speziell eingeladen.

Drechsler.

Norden: Ackerstr. 145 bei Hoppe,

Südost und Südwest: Oranienstr. 184 bei Metzner.

Osten und Nordost: Koppenstr. 41 bei Mühle.

Die Kollegen von Kühnel, Markusstr. 37, sind besonders hierzu eingeladen. — Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Dienstag, den 2. August, abends 8 Uhr:

Westen und Südwesten: bei Zabell, Lindenstr. 106.

Folgende Werkstätten sind eingeladen: Schröder, Jerusalemerstr. 66; Zwirner, Lindenstr. 75; Hiesel u. Co., Steinmetzstr. 25; Schirmer, Steinmetzstr. 23.

Musikinstrumenten-Arbeiter

im Lokal des Herrn Zabell, Lindenstraße Nr. 106.

Tagesordnung: 1. Vortrag und Diskussion. 2. Branchen- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Pflicht jeder Werkstatt ist es, einen Delegirten zu entsenden. Mitgliedsbuch legitimirt. 106/5

Branche Parkettbodenleger.

Donnerstag, den 4. August, abends 8 Uhr, bei Herrn Schöning, Kopnickerstraße Nr. 68:

Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Koblenzer über: Alters- und Invalidenversicherung. Diskussion und Verschiedenes.

Die Vertrauensleute werden ersucht, etwas früher zu erscheinen.

Die Kommission.

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Mittwoch, den 3. August, abends 8 Uhr, im Lokal Königsbank, Große Frankfurterstr. 117:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Adolf Hofmann:** Der Kampf ums Dasein. 2. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal. 3. Verschiedenes.

Wir ersuchen die Kollegen recht zahlreich zu erscheinen 190/1

190/1 **Die Agitationskommission.**

Achtung! Achtung!

Böttcher Berlins und Umgegend.

Große öffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 3. August, abends 8 Uhr, bei Benj. Raabe, Kolbergerstr. 23.

Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Organisation. Referent **Max Kiesel.** 2. Der Streik unserer Rheinländer Kollegen. 3. Verschiedenes.

Um regen Besuch ersucht

37/1 **Der Vertrauensmann.**

Frauen- und Mädchen-Bildungs-Verein Rixdorf.

Mittwoch, den 3. August 1898, abends 8½ Uhr, im Saale des Herrn Christoph, Steinmetzstr. 51:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Wolfheim über: „Naturerkenntniß und Weltfortschritt". 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Gäste willkommen. 3/8

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Geburts-Anzeige.

Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen wir Freunden und Bekannten hierdurch ergebenst an

Redakteur **Heinrich Schulz** und Frau, **Gertrud** geb. **Stahl.**

Erfurt, den 30. Juli 1898.

Nachruf!

Am 23. Juli hat unerwartet bei unserer Dampferpartie der treue Mitarbeiter, Buchhalter

Arthur Schwandt,

durch Ertrinken seinen Tod gefunden. Ehre seinem Andenken! 247b

Das Personal der Möbelfabrik Lennig & Jatzky.

Danksagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Theilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, des Schriftsetzers

Paul Stubenhauer,

sage ich hiermit — sogleich im Namen meiner Angehörigen — allen Verwandten, Bekannten, Freunden und Kollegen herzlichen Dank. 249b

Ernst Stubenhauer.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 5045G*

Robert Meyer,

No. 2. Mariannenstr. No. 2.

Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Blumenhandlung P. Abromeit, **Berlin SW., Blücherstr. 14.**

Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. **Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.**

Sommersprossen sicher und gründl. in kurz. Zeit zu entfern. M. 2,50.

Gesichtspickel, Finnen, Mitesser, **Hautröthe,** schnell und radikal zu beseitigen M. 2,—. Franko gegen Briefm. oder Nachn. **Garantie für Erfolg und Unschädlichkeit.** Viele glänzende Dankschreiben. Nur direkt d. [4744L* **Reichel, Spezial-Berlin,** Eisenbahnstr. 4.

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden. Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8.

Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik:

Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.

Große Hamburgerstr. 20. I.

Dr. Simmel **Moritzplatz,** Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.

Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Für 2—3 Mark

Reste sehr groß. zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviot auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste so lange der Vorrath reicht

im Riesenstofflager Kronenstr. 14, I., kein Laden.

Mühlenstraße 8, a. d. Oberbaumbrücke, 5 Min. von Station **Warschauerstraße,** sind v. **1. Oktober frdl. Hofwohnungen** v. 1 u. 2 Stuben nebst **allem Zubehör v. 72—94 Thaler** zu vermiethen. 5463B*

Näheres daselbst beim **Verwalter.**

Frdl. Schlafst. zu vermiethen bei Haesbringer, Alte Leipzigerstr. 21, III.

Arbeitsmarkt.

Agenten.

In Arbeiter-, Handwerker- und Kleinbürger-Kreisen bekannte Herren und Damen werden als Vertreter von unterz. Kasse gesucht. 28/15*

Allgemeine Volks-Krankenkasse E. H. 126.

1. Bureau u. Hauptkasse: Müllerstr. 174.
2. „ Skalitzerstr. 36.
3. „ Königgrätzerstr. 116.
4. „ Hallescheuer. 4.

Gesanglehrer

gesucht

für Donnerstag. Gesangverein **F. R. 1888.** **C. Otto,** Eisenbahnstr. 32.

Schirmnähterinnen werden bei hohen Arbeitslöhnen und dauernder Beschäftigung gesucht. 132b

Lichtenstein, Bischofstr. 19

Mamsells a. Jacketts, auch z. Lernen, verl. Neuenfelde, Köslinerstr. 9 v. I.

Bei sofortiger Vergütung verlangt **Lehrmädchen** **Kartonfabrik,** Greifswalderstr. 4.

Mehrere Korbmacher-Gesellen auf großgeflecht. Arbeit bei dauernder Stellung sucht **Schulz, Beuthen a. O.** Reisevergütung nach Uebereinkunft.

Junges Mädchen auf Schirme verlangt Stumpf, Oranienstr. 50.

Arbeiterin auf bessere Jacketts gesucht Strelitzerstr. 22. 229b

---

Mamsells auf billige Jacketts verl. Dalldorferstr. 1. 246b

Möbelpolirer.

Bei Peters, Prinzenstr. 86, sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Um Zuzug fernzuhalten ersucht d. Vorstand d. Verbandes.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.